

**BERICHT DER 7. DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN KONFERENZ:
20. und 21. November 2003
Provinciehuis Maastricht**

DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL

Von Fabian Bahr
Mitarbeit von Andreas Klaar und Marja Verburg

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung zum Thema	3
2. Donnerstag 20.11.03	4
2.1. Einleitung	4
2.2. Plenarsitzungen	4
2.2.1. Begrüßungsreden	4
2.2.2. Eröffnungsreden	4
2.2.3. Einführung von Prof. Dr. Kees Schuijt	7
3. Arbeitsgruppen	13
3.1. Einstiegsdiskussion	13
3.2. Arbeitsgruppen	13
3.2.1. Arbeitsgruppe 1	13
3.2.2. Arbeitsgruppe 2	16
3.2.3. Arbeitsgruppe 3	19
3.2.4. Arbeitsgruppe 4	23
4. Freitag 21.11.2003	26
4.1. Plenarsitzung	26
4.2. Podiumsdiskussion	28
4.2.1. Vorstellung der Gäste	28
4.2.2. Thesen zur Diskussion	29
4.2.2. Diskussion	30

1 Einleitung zum Thema

Der demographische Wandel ist eine der zentralen zukünftigen Herausforderungen vieler Gesellschaften in Industriestaaten. Die daraus folgende Umkehrung der Relation von Beitragszahlern und Leistungsempfängern gefährdet die Finanzierungsbasis der staatlichen Wohlfahrtsprogramme und bedroht das finanzpolitische Gleichgewicht sowie die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit der nationalen Ökonomien. Insbesondere die Wohlfahrtsstaaten Europas sind, aufgrund der geringen Geburtenraten einerseits und ihrer großzügigen staatlichen Sozialprogramme andererseits, besonders durch diese Entwicklungen betroffen.

Die durch den demographischen Wandel in besonderer Weise betroffenen Sozialprogramme sind in erster Linie die Renten-, die Kranken-, und – so vorhanden – die Pflegeversicherung. Demographische Entwicklungen sind von langfristigen Veränderungen abhängig. Hauptsächlich sind drei Einflussgrößen für die zukünftige Altersstruktur einer Gesellschaft von Bedeutung: die Geburtenrate, die Sterberate und der Wanderungssaldo. Seit den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts sind die Geburtenraten in den Industriestaaten zu gering. Damals versuchte man die Entwicklung mit der ersten ernst zu nehmenden Wirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg zu begründen. Heute kann man auf mehr als drei Jahrzehnte zurückblicken, in denen die Geburtenrate unter das, für den Erhalt der Bevölkerungszahl von Industriestaaten notwendige, Ersatzniveau von durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau gefallen ist.

Neben der niedrigen Geburtenrate ist insbesondere die Sterberate eine wichtige Einflussgröße demographischer Betrachtungen. Im Kontext der sozialen Sicherungssysteme spielt hier insbesondere die stetig steigende Lebenserwartung eine besondere Rolle. Schon heute liegt die durchschnittliche Lebenserwartung innerhalb der EU bei 75,0 Jahren für Männer und 81,3 Jahren für Frauen, wobei der Wert von Land zu Land variiert. Fortschritte in der Medizin machen ein weiteres Ansteigen der Lebenserwartung in den Industrienationen möglich. Die dritte Größe ist der Wanderungssaldo einer Gesellschaft. Dieser Wert setzt sich aus Emigration und Immigration zusammen, die, für eine analytisch schlüssige Betrachtung, getrennt voneinander betrachtet werden müssen. Ziel gestaltender Zuwanderungspolitik ist es, junge Menschen anzuziehen, die einerseits hoch motiviert auf den Arbeitsmarkt strömen; und somit in die Sozialkassen einzahlen; und es andererseits anstreben, bald Eltern zu werden. Diese Zuwanderung könnte den durch die Alterung bedingten Verlust an Leistungsträgern in einer Gesellschaft teilweise ausgleichen. Doch im Falle des derzeitigen Wandels der Bevölkerungspyramide – hin zu einer Pilzform – kann die so genannte Ersatzzuwanderung nicht mehr helfen, da sie in den europäischen Nationalstaaten im benötigten Maße nicht akzeptiert werden würde.

Die diesjährige Deutsch-Niederländische Konferenz zum Thema demographischer Wandel beschäftigt sich mit der derzeitigen Situation des Verhältnisses von Jungen und Alten in den Niederlanden und Deutschland und den zu erwartenden zukünftigen Entwicklungen auf diesem Gebiet. Betrachtet man die oben benannten Einflussgrößen wird klar, dass sich das eigentliche Problem, die dauerhaft zu geringe Geburtenrate, nur langfristig ändern lässt. Für kurz- und mittelfristig auftretende Probleme kann eine pro-natalistische Politik allein keine Lösung mehr sein.

Deutsch-Niederländische Konferenz „Der demographische Wandel“

Donnerstag 20.11.03

2.1. Einleitung

Bereits seit 1994 finden Deutsch-Niederländische-Konferenzen (DNK) zu gesellschaftlichen Themen statt und tragen immer wieder zu einem Blick über den nationalen Tellerrand bei, der, angesichts häufiger Problemkonvergenz, auch zu einer Verbesserung des nachbarschaftlichen Verhältnisses geführt hat. Das Thema der diesjährigen DNK, "Demographischer Wandel", stellt die Niederlande und Deutschland gleichermaßen vor große Probleme, wobei sich die Probleme nicht exakt gleichen. Die DNK 2003 hat gezeigt, dass ein Austausch über die durch den demographischen Wandel ausgelösten Probleme stattfinden muss, der den Diskurs über Lösungsansätze befördert. Hierzu hat die DNK 2003 bereits einen Beitrag geleistet.

2.2. Plenarsitzungen

2.2.1. Begrüßungsreden

Zur Eröffnung der 7. DNK hielten der Vorsitzende des niederländischen Lenkungsausschusses, Dr. Ben Knapen, und der Gouverneur der Region Limburg, mr. B.J.M. Baron van Voorst tot Voorst, eine Begrüßungsrede. Knapen begrüßte in seiner Rede die Berufung von Prof. Dr. Rita Süßmuth zur Vorsitzenden des deutschen Lenkungsausschusses der DNK, da sie die Bedeutung des Deutsch-Niederländischen-Verhältnisses für Deutschland hervor hebt. In seiner Einführung in das Thema ging Knapen auf die Unterschiede in der Begriffsbildung bezüglich der Thematik der diesjährigen DNK ein. So spreche man in den Niederlanden von "Vergrijzing", ein Begriff der mit dem deutschen Vergreisung zu hart übersetzt ist, andererseits ist der deutsche aus sozialwissenschaftlicher Praxis stammende Begriff der "Überalterung" in seiner niederländischen Übersetzung zu schwach, um die Problematik zu veranschaulichen. Die große Relevanz des Themas der diesjährigen DNK wurde durch Knapen besonders hervorgehoben. Angesichts der sich bereits abzeichnenden Probleme, die der demographische Wandel in den Sozialversicherungssystemen hervorruft, wird deutlich, dass es sich nicht um ein Thema handelt, welches nur die am liebsten ewig jung bleibende und nun doch alternde Baby-Boomer-Generation betrifft. Vielmehr müssen sich alle Generationen auf die sich ankündigenden Veränderungen, die durch die gesellschaftliche Alterung hervorgerufen werden, einstellen.

2.2.2. Eröffnungsreden

Die Eröffnungsreden wurden vom Außenminister der Niederlande, Jaap de Hoop Scheffer, der via Videoübertragung live zugeschaltet war, und von Dr. Eckart Cuntz, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, gehalten. Beide Politiker stellten einerseits die konkreten Probleme in ihren Heimatländern dar, die durch den demographischen Wandel hervorgerufen wurden, und erläuterten andererseits in welcher Weise die von ihnen vertretenen Regierungen auf diese Herausforderungen reagiert haben. Offene Worte fanden beide Politiker für die Versäumnisse der Politik, sich der schon lange offensichtlichen Problematik zu stellen. Auch die jetzigen Regierungen haben sich in ihren ersten Regierungsjahren zu lange auf die Rezepte der Vergangenheit berufen und vielen anderen Politikfeldern, wie der Arbeitsmarktpolitik, den Vorzug gegeben. Nun jedoch ist die sich aus zu geringen Geburtenraten und steigender Lebenserwartung ergebende Überalterung eines der Themen hoher Priorität auf der politischen Agenda der niederländischen und der deutschen Regierung.

Der demographische Wandel ist ein grenzüberschreitendes Problem. Es betrifft nicht nur die Niederlande oder Deutschland, sondern die meisten Industriestaaten gleichermaßen. Aus diesem Grunde begrüßte De Hoop Scheffer die Entscheidung, die diesjährige DNK dem Thema "demographischer Wandel" zu widmen.

De Hoop Scheffer wies auf die bedenkliche Tendenz in den Niederlanden hin, SeniorInnen als Problem wahrzunehmen. Die kollektive Sorge um die Finanzierung der Sozialsysteme konzentriert sich ungerechter Weise nur auf die heutigen Senioren, die vor einigen Jahren noch das System getragen haben – eine Tatsache, die in der Debatte gerne übergangen wird. Unter den Bedingungen der vielfachen nachbarschaftlichen Verflechtung, die durch die Europäische Union Vertragscharakter gewonnen hat, eine koordinierte Bevölkerungs- und Sozialpolitik notwendig. Die wirtschaftliche Verflechtung ist omnipräsent. Sie zeigt sich in der gemeinsamen europäischen Währung und in dem freien Personen-, Waren-, und Kapitalverkehr. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass die immer mobileren Verbraucher auf der Suche nach dem besten "Deal" versuchen, außerhalb der nationalen Grenzen Versicherungen abzuschließen oder medizinische Dienstleistungen nachzufragen. Aus diesem Grunde kann die Abschottung nationaler Märkte nicht die richtige Lösung sein, eine Tatsache, die der Europäische Gerichtshof bereits bestätigt hat.

Die moderne Sozialversicherung geht geschichtlich auf Persönlichkeiten wie Otto von Bismarck zurück, und sie galt seiner Zeit zu Recht als Glanzstück der Sozialpolitik. Doch leidet die konzeptionell gut gestaltete Sozialversicherung, sowohl im Renten- als auch im Gesundheitsbereich, unter den im letzten Jahrhundert dramatisch veränderten Rahmenbedingungen. Das Renteneintrittsalter lag damals über der durchschnittlichen Lebenserwartung. Heute leben Pensionäre lange Zeit als durch die Pensionskassen Vollversorgte. Bismarck würde auf diese veränderten Rahmenbedingungen vermutlich wie folgt reagieren:

1. Die Verantwortung für die Rentenversicherung weg vom Staat hin zu geteilter Verantwortung zwischen Arbeitsgebern und Arbeitnehmern verlagern. Ein Aspekt, in dem die Niederlande ihren europäischen Partnern als Vorbild dienen könnten.
2. Die Erwerbsbeteiligung der Älteren erhöhen. Dies ist eine der Kernaufgaben aller europäischen Regierungen.

Diese Maßnahmen zur Rettung unserer Sozialsysteme sind von den Regierungen aller europäischen Staaten dringend umzusetzen. Sollte dies nicht gelingen, könnten die Bürger einen scheinbaren kausalen Zusammenhang zwischen der aus der europäischen Integration entstehenden Verflechtung und der unvermeidlichen Steigerung der Sozialausgaben herstellen. Die hier angesprochenen Reformen sind notwendig, um das Vertrauen der Bürger in den Integrationsprozess zu erhalten. Ohne dieses Vertrauen ist der gesamte Integrationsprozess gefährdet, da es den Sauerstoff für die europäische Integration darstellt. Ein Mangel an Sauerstoff würde nicht nur zukünftige Integrationsschritte gefährden, sondern auch die Errungenschaften der Vergangenheit. Sollte die Volkswirtschaft eines oder gar mehrerer Mitgliedsstaaten aufgrund fehlender Reformen im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik schrumpfen, kann das alle Volkswirtschaften der Eurozone gefährden. Und diese Gefahr könnte, im schlimmsten Falle, auch die schon erreichte Währungs- und Wirtschaftsunion wieder zerstören.

Die Kosten der heutigen und früheren falschen Politik sollten nicht mehr einfach auf kommenden Generationen verlagert werden. Es besteht heute noch die Chance

gegenzusteuern. Die Versäumnisse der Vergangenheit wiegen zwar schon jetzt schwer, doch werden sie, zusammen mit den heute gemachten und weiterhin drohenden Fehlern für kommende Generationen sicher untragbar. Die heute bestehenden Defizite müssen abgebaut werden und wahrscheinlich werden in Zukunft sogar Überschüsse gebraucht, um die aufziehende Asymmetrie in der Beitragszahler/Leistungsempfängerrelation abzufedern.

Cuntz ging auf die von seinem Vorredner gemachten Bemerkungen ein. Er bestätigte die enorme Bedeutung des Euro, als die verbindende Währung der Völker des europäischen Kontinents. Auch Cuntz sieht die Ausrichtung des europäischen Binnenmarktes auf die zukünftig - durch den demographischen Wandel - entstehenden Probleme als die Kernaufgabe heutiger und zukünftiger Politik an. Ohne diese Ausrichtung kann das Projekt keinen Bestand haben. Deutschland hat mit der von der Regierung entwickelten Agenda 2010 die ersten Schritte der wichtigen Reformen eingeleitet.

Zu den positiven Aspekten des demographischen Wandels zählte Cuntz die Tatsache, dass die gestiegene Lebenserwartung für jeden Einzelnen ein längeres Leben, in, verglichen mit vorherigen Generationen, meist sehr guter gesundheitlicher Verfassung bedeutet. Die durch den demographischen Wandel ausgelösten Probleme gefährden allerdings die Sicherheit der sozialen Systeme und generieren schwer einschätzbare Risiken für die Arbeitsmärkte und damit auch für die gesamten Ökonomien der Industriestaaten. Diese Thematik ist seit geraumer Zeit auch ein zentrales Thema des Rats der europäischen Finanzminister. Eine Arbeitsgruppe, die in dessen Auftrag die möglichen Risiken des demographischen Wandels einschätzen sollte, identifizierte massive Herausforderungen für die Gesellschaften der europäischen Staaten. Der Prognose zufolge müssten zur Bereitstellung der Mittel für die Altersruhegelder zwischen 3 und 5 Prozent des Bruttosozialprodukts eingesetzt werden. Für die Gesundheitsversorgung stiegen die notwendigen Mittel um 1,5 auf 4 Prozent des Bruttosozialprodukts. Diese Zahlen verdeutlichen, dass alle Teile der Gesellschaften an einer Lösung des Problems beteiligt werden müssen. Im Zentrum der Konzepte muss die gerechte Verteilung der Lasten auf alle Generationen stehen. Cuntz verwies auf eine Rede, die der deutsche Bundespräsident Johannes Rau kürzlich in Berlin gehalten hat. In dieser Rede hieß es: "In unseren Debatten darf sich vor allem nicht die vereinfachende Behauptung einschleichen: Uns stehe ein Krieg der Generationen bevor, diese Behauptung ist giftig und sie wirkt auch so." Diese Rede, so Cuntz, hätte in richtiger Weise darauf hingewiesen, dass Alte und Junge auf der Suche nach Lösungen als Partner auftreten müssen und nicht als Gegner. Rau hatte bereits einen möglichen Weg konstruktiver Lösungsfindung aufgezeigt: "Richtschnur unseres Handelns muss die Erkenntnis sein, dass die Menschen die Lösungen gemeinsam tragen, wenn sie erkennen, dass sie wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und für alle Beteiligten tragfähig sind."

Cuntz Schlussfolgerungen lehnten sich zu großen Teilen an die seines Vorredners an. Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen ist auch eine von ihm ausgeführte Maßnahme. Zusätzlich muss, insbesondere in Deutschland, an der Verbesserung der Betreuungsangebote gearbeitet werden. Für zu viele Frauen und insbesondere für Akademikerinnen in Deutschland bedeute die Entscheidung für Kinder oft eine Entscheidung gegen eine Karriere. In vielen Bereichen ist also ein Umdenken nötig, wenn der zu verteilenden Wohlstand wachsen und nicht schrumpfen soll. Das hier angesprochene Umdenken betrifft auch die stärkere Beschäftigung Älterer und die Förderung einer kinder- und familienfreundlicheren Gesellschaft.

2.2.3. Einführung von Prof. Dr. Kees Schuijt

Überalterung muss keine Katastrophe sein

Laut Kees Schuijt, Soziologe an der Universität von Amsterdam und Mitglied des Wissenschaftlichen Rats der niederländischen Regierung, ist Überalterung keine Katastrophe. Eine Katastrophe kommt unerwartet, die Überalterung ist ein seit Jahren bekanntes Phänomen. Die einzige Übereinstimmung zwischen einer Katastrophe und der Überalterung ist die Tatsache, dass in beiden Fällen die staatlichen Institutionen aneinander vorbei arbeiten. Wiederholt muss sich die Überalterung der Gesellschaft als Thema gegenüber anderen Themen auf der politischen Agenda behaupten. Die Politik und die Politiker beschäftigen sich lieber mit dem Hier und Jetzt. Sie denken, dass das Überalterungsproblem noch warten kann. Aber die Überalterung ist auch ein Prüfstein für die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme: Für die Familienverhältnisse, Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – insbesondere die Position und Teilnahme von älteren Arbeitnehmern – für Betriebe und Rentenkassen und nicht zuletzt für das Gesundheitswesen. Die vier gesellschaftlichen Systeme, die im weiteren Verlauf des Textes ausführlicher beschrieben werden, besitzen eine eigene Logik und Dynamik, die zusammengenommen das Problem der Überalterung ausmachen und die untereinander zu einer ausbalancierten Politik führen müssen. Muss der Staat hierbei als Initiator oder Koordinator fungieren, oder sollten die einzelnen Systeme unabhängig voneinander die typischen Probleme im eigenen Sektor lösen?

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, ist eine genaue Observation von Nöten. Die Gesellschaft als Ganzes könnte, in Bezug auf die Definition und Kategorisierung der Frage, "wann wird man als alt eingestuft" eine wichtige Rolle spielen und somit eine dynamische Veränderung beeinflussen. Ein Vorbild: An Schuijts fünfzigsten Geburtstag bekam er ein Schreiben eines Vereins für Ältere in dem mir die Mitgliedschaft angeboten wurde. Selber hatte er sich noch nicht als alt eingestuft. An seinem sechzigsten Geburtstag bat ihn sein Arbeitgeber zu einem längeren Gespräch – ob er kein Interesse an einer großzügigen Frühpensionsregelung hätte. Er hat die persönlichen Gründe dennoch den kollektiven Folgen eines verfrühten Austritts unterworfen. Es ist ein typisches Mikro-Makro Problem. Darum ist das Problem der Überalterung ein lebendiger gesellschaftlicher Fall. Keine Katastrophe, aber eine Herausforderung. Es müssen keine dramatischen und drakonischen Beschlüsse gefasst werden, wenn wir nicht zulange abwarten. Sollten wir die kollektive Definition von "wann wird man als alt eingestuft" nicht so anpassen, dass die Überalterung sich verschiebt und es wieder als normal angesehen wird, dass jeder im Prinzip bis zum 65 Lebensjahr arbeitet und eventuell, nach eigenem Ermessen, noch länger weiterarbeitet? Sollte die Politik für Ältere sich nicht auf eine spezifischere Gruppe richten, z.B. auf die über 75-jährigen? Das sind allgemeine Fragen, die möglicherweise in den technischen Diskussionen in den einzelnen Sektoren untergehen.

Familie

Schuijt fängt mit der Familie an. Es gibt ein spanisches Sprichwort: "Eine Mutter kann besser für acht Kinder sorgen, als acht Kinder für eine alte und abhängig gewordene Mutter". In diesem kurzen Sprichwort wird die Solidarität zwischen der jungen und der alten Generation sehr gut skizziert. Die persönliche Versorgung von Verwandten wird nötig bleiben, aber es gibt kaum noch Familien mit acht Kindern (auch nicht in Spanien). Die Ausnahme der Regel ist in vielen Einwandererfamilien zu finden. Die demographischen Verhältnisse und Familienzusammenstellungen haben sich in den letzten 35 Jahren grundsätzlich geändert. Wo früher noch horizontale Familienverhältnisse herrschten, werden die Familien in Zukunft eher vertikal geordnet sein: ein oder zwei Kinder, ein Elternpaar (biologisch oder stiefelterlich),

eine Tante oder ein Onkel und vier Großeltern. Dies erhöht den Druck auf die intergenerationalen Verhältnisse auf Mikro-Ebene. Man sieht es auch an Sonntagen im Park. An einem sonntäglichen Mittagsspaziergang kann man sehen, wie sieben Erwachsene sich sorgenvoll um ein kleines Kind kümmern. Früher war die Tendenz unwiderruflich eher umgekehrt. Die veränderten Familienzusammenstellungen rufen zwei politische Grundsatzfragen auf: Ist eine Bevölkerungspolitik eine Lösung, oder ein mitausschlaggebender Faktor für die Lösung der Überalterung? Und eine zweite Frage: Bis zu welchem Grad kann man sich im Alter (75 Jahre oder 85 Jahre) für die tägliche Versorgung auf seine eigenen Kinder berufen? In Deutschland scheut man sich weniger davor um für eine Bevölkerungspolitik zu werben als in den Niederlanden. Die Geburtenrate ist in Deutschland auch noch niedriger. In den Niederlanden ist dieses Thema ein Tabu.

Eine bewusste Geburtenförderung wird eine langzeitige demographische Entwicklung nicht umkehren können und als Entspannungsmaßnahme gegen den Überalterungsdruck wird sie erst nach längerer Zeit ihre Wirkung ausüben. Erst wenn diese jungen Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten, können sie die wirtschaftliche Tragfläche der Gesellschaft verstärken, außer man entscheidet sich für eine kürzere Schulzeit. Bis dahin beeinflussen sie den gesellschaftlichen Druck nur negativ. Persönlich möchte Schuijt noch ergänzen, dass Kinder zunächst wegen ihrer Selbst, und nicht als komplizierter Ausgleichsfaktor, willkommen sein sollten.

Die zweite aufgeworfene Frage bekommt eine negative Antwort: Es ist auszuschließen, dass die in Zukunft größere Nachfrage nach persönlicher Fürsorge von Verwandten, insbesondere von erwachsenen Kindern, durch die Berufung auf die individuelle Verantwortung gedeckt werden kann. Die politischen Parteien, die darauf ihre Hoffnung und Politik ausrichten, verfolgen eine Illusion. Die wenigen Kinder die es gibt, fliegen aus und über die Welt. Außerdem wollen Eltern in einer modernen Gesellschaft nicht gänzlich von ihren eigenen Kindern versorgt werden, insbesondere nicht im intimen Bereich der Fürsorge. Die Kinder sollen oft zu Besuch kommen, aber die Eltern wollen sich mehr vor ihren Kindern, weder buchstäblich noch sprichwörtlich, entblößen. Diese Tatsache erhöht jedoch den Druck auf das zukünftige gesellschaftliche Versorgungswesen: Die Kosten und das Arbeitsangebot von Pflegekräften fordern einfallsreiche Lösungen.

Arbeit

Die Arbeitsmarktteilnahme von älteren Mitbürgern in den Niederlanden, spezifiziert für die 55-65 jährige Altersgruppe, liegt bei ungefähr 38 Prozent. In den letzten zehn Jahren ist ein Zuwachs bemerkbar geworden, aber die Teilnahme insgesamt ist dennoch eher gering, sicherlich im Vergleich mit einzelnen skandinavischen Ländern. Die günstigen Frühpensionsregelungen in den Niederlanden, die vor fünfzehn Jahren als Mittel gegen die rasch steigende Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen wurden, kehren sich nun gegen die, wirtschaftlich gesehen, viel zu geringe Arbeitspartizipation von älteren Mitbürgern. Damals mussten die Gewerkschaften ihre Mitglieder noch an die Frühpension gewöhnen. Jetzt, wo sie endlich daran gewöhnt sind, müssen die Gewerkschaften erneut erklären, dass ihre Mitglieder wiederum länger arbeiten müssen. Die Politik hat so gesehen ihre ganz eigene Ironie. An dieser Stelle ist eine genaue Observation des Arbeitsmarktpsychologen Schabracq angebracht. Er sagte: "Das Leben fängt mit vierzig an, aber dann hört das *ressource management* gerade erst auf". Es gibt kaum eine Personalpolitik und eine Personaltradition für ältere Arbeitnehmer. Hier sollte ein echtes Umdenken in den Betrieben und Arbeitsorganisationen stattfinden. Der Staat selber ist kein gutes Vorbild. Während der Innenminister der Niederlande ein Programm gegen Überalterung der Gesellschaft leitet, entlässt er gleichzeitig

verfrüht ältere Beamte. Diese Inkonsistenz beeinflusst die gesellschaftliche Rezeption der Überalterung negativ. Im Allgemeinen gibt es vier Arten der Intervention, die man zu Rate ziehen kann um die wirtschaftliche Basis für die Überalterung zu stärken; zwei für ältere-, zwei für jüngere Arbeitnehmer.

Zunächst gibt es das Demotionsmodell: ein älterer Arbeitnehmer bleibt zwar im Betrieb, aber in einer anderen, meistens niedrigeren, Position und erhält ein niedrigeres Gehalt. Dies ist eine Maßnahme mit der man noch wenig Erfahrung gemacht hat. Arbeitnehmer fürchten sich vor diesen Regelungen, es beeinflusst immerhin ihre Rentenansprüche. Aber eine gute Personalpolitik und Karriereplanung könnten dabei behilflich sein. Aber ältere Arbeitnehmer werden auch schneller krank und arbeitsunfähig. Eine gut abgestimmte Reintegration des krank gewordenen Arbeitnehmers gehört mit zum neuen Stil der Personalpolitik. Der Staat kann dabei im übrigen helfen, aber den wichtigsten Beitrag werden die gesellschaftlichen Partner zu leisten haben.

Ein zweites Modell sieht vor, dass ältere Arbeitnehmer eine andere Arbeitsstelle außerhalb ihres alten Betriebes und Berufes annehmen, z.B. in der Altenpflege. Das Pflegen eines Bettlägerigen oder eines Terminalpatienten kann vielleicht besser von älteren Menschen übernommen werden, die eine große Lebenserfahrung besitzen, als von jungen Pflegern mit großen Lebenserwartungen. Diese soziologisch stimmige Idee liegt mit den Gehaltsvorstellungen der Betroffenen im Streit. Die Arbeitskosten spielen hier, wie so oft, eine entscheidende Rolle. Gehört eine Gehaltskürzung im höheren Alter zu den akzeptablen Möglichkeiten? Die Frage traut sich eigentlich niemand zu stellen und dennoch gehört sie zu den vielen Fragen, die durch die Überalterung der Gesellschaft aufgeworfen werden.

Welche andere Möglichkeit gibt es? Junge Menschen früher in den Arbeitsmarkt integrieren, sie weniger lang ausbilden und ihnen später die Möglichkeit geben ihre Bildung zu erneuern? Die wirtschaftlich-demographische Tragfläche würde jedenfalls wachsen, aber zugleich stellt eine moderne, auf Wissen und Innovation basierende, Volkswirtschaft höhere Anforderungen an ihre Arbeitnehmer. Länger lernen und länger leben gehen Hand in Hand.

Könnte schlussendlich die Immigration von jungen Arbeitnehmern, z.b. polnische oder irische Pfleger, die Überalterung vermindern? Das wird des öfteren von bedeutenden Instanzen behauptet. Es ist berechnet worden, dass jede Menge Immigranten nach Europa kommen müssten. Könnten die Immigranten auch den "grauen Druck" verringern oder sogar lösen? Wenn die Arbeitsimmigranten bleiben, werden sie Teil des Systems und damit Teil des Problems. Wenn sie nach einem befristeten Arbeitsaufenthalt jedoch wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, leistet das einen Beitrag. Deutschland liefert ein gutes Beispiel mit der *Green Card* für gut ausgebildetes technisches Computerpersonal. Die Einsicht, dass die Niederlande tatsächlich eine gezielte Immigrationspolitik praktizieren sollte, und Arbeitsimmigration befristet für spezifische Arbeiten erlauben müsste, ist ein heißes Eisen und besorgt der heutigen politischen Elite einige graue Haare.

Rente und Solidarität

Nach getaner Arbeit kommt die wohlverdiente Rente, aber die ist heutzutage kein sicherer Besitz mehr. Genau wie die vernachlässigte Personalpolitik für ältere Arbeitnehmer, so ist auch das Rentenproblem für längere Zeit unter den Tisch gekehrt worden. Junge Arbeitnehmer setzen sich kaum damit auseinander, sie sind mit anderen Problemen beschäftigt und durch die technische Vielfalt der Rentenproblematik ist es mehr ein Fall für spezialisierte Arbeitnehmer und Arbeitgeber geworden. Die Wege auf dem Rentengebiet

trennen sich in Deutschland und den Niederlanden. Durch die historisch bedingte Tatsache, dass man in Deutschland ein umlagefinanziertes System ausgewählt hat, während man 1956 in den Niederlanden neben einer umlagefinanzierten Basisrente des Staats (AOW), auch eine Betriebsrente, entwickelt hat, sind die Systeme, sowie die Probleme, nicht zu vergleichen. Die umlagefinanzierte Rente belastet die deutsche Wirtschaft, aber auch die Betriebsrenten in den Niederlanden sind ein Anlass zur Sorge. Die Prämien werden erhöht, die Renten gesenkt, ohne hinreichende Erklärung für die Betroffenen. Welche Konsequenzen hat der Übergang, von einer auf der Berechnungsgrundlage "Endgehalt" basierenden Rente hin zu einer Rente die sich an Anfangs- oder Mittelgehältern orientiert, für den einzelnen Arbeitnehmer? Eine Senkung der Rente um bis zu 20% kann die Folge sein.

Die Rentenproblematik ist die herausragende Aufgabe der generationenübergreifenden Solidarität, wobei die Simulationsberechnungen der Beiträge und Renten zeigen, dass letztlich das Kollektiv stärker ist als der Einzelne. Aber auch durch den enormen finanziellen Druck wird die Rentenproblematik ein Test für die Solidarität unter den einzelnen EU-Ländern werden. Wenn die aktuellen Probleme mit den Haushaltsdefiziten von Frankreich und Deutschland im Rahmen des Stabilitätspaktes nicht kurzfristig gelöst werden können, ist auch davon auszugehen, dass diese Probleme sich in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren wiederholen werden, insbesondere auch wegen der Überalterung. Im WRR-Bericht "Generationsbewusstes Regieren" wurde 1999 bereits darauf aufmerksam gemacht, dass dies eins der schwierigsten Probleme ist, mit dem Europa konfrontiert werden wird.

Die europäische Solidarität ist mit der generationenübergreifenden Solidarität zu vergleichen. Niemand hat die heutigen und zukünftigen Probleme, die durch die demographischen Verschiebungen in den Sechziger Jahren verursacht worden sind, vorhergesehen. Die Systeme sind im historischen Kontext entworfen und entwickelt worden. Keine einzelne Generation trifft eine Schuld, aber alle Generationen werden einen Beitrag zur Lösung der aktuellen und zukünftigen Situation leisten müssen. Kein EU-Land hat die Überalterung bewusst in Kauf genommen, sie ist die nicht-antizipierte Folge der modernen Wohlfahrt und Wissenschaft. Darum müssen alle betroffenen Länder einen Beitrag zur Lösung der entstandenen Probleme leisten.

Im Prinzip löst jedes Land seine eigenen Probleme. Aber wegen der finanziell-wirtschaftlichen Abhängigkeit im Europact haben die Niederlande ein Interesse an einer Lösung der deutschen Probleme und umgekehrt. Schuijt würde gerne als Niederländer über die deutschen Reformen ein Wort mitreden wollen, aber soweit ist die europäische Integration noch nicht fortgeschritten.

Gesundheitswesen

In den ersten Rentenjahren, die oft noch bei guter Gesundheit und manchmal im sonnigen Süden verbracht werden, schlägt das Alter mit all seinen Gebrechen zu: Mit Krankheiten und Sorgen. Das Gesundheitswesen liefert einen eigenen Beitrag zur Überalterung der Gesellschaft, einerseits durch die selbständigen Entwicklungen innerhalb der medizinischen Wissenschaft, die ihr Können und Wissen stetig vermehrt und andererseits dadurch, dass das Gesundheitswesen vielleicht am stärksten von der Überalterung betroffen ist. Länger leben und kürzer arbeiten; diese Kombination kann nicht lange gut gehen. Länger leben und länger arbeiten, das ist eine minimale und notwendige Korrektur. Aber die Kosten und der Umfang der doppelten Überalterung werfen erneut Fragen auf. Ist alles was, im hohen Alter, medizinisch möglich ist auch, gesellschaftlich gesehen, erwünscht?

Die Überalterung wird die meisten ethischen Grundfragen aufwerfen. Körperliche Gebrechen können mit Hilfe von neuer Technologie gelindert werden, ganze Körperteile können ersetzt werden, aber leider kann der Altersprozess in unseren Hirnzellen (noch) nicht in der Form beeinflusst werden, dass ein gesunder Geist für ewig in einem gesunden Körper wohnen kann. Mit anderen Worten, Demenzfälle bei alten Menschen, die körperlich wiederholt gesund werden, sind ein gesellschaftliches und ethisches Thema.

Ebenso wie die Nachfrage nach medizinischer Pflege und Behandlung wird das Problem der Arbeitsplatzbesetzung in der Altenpflege in den Vordergrund treten. Schon jetzt gibt es Defizit an Arbeitskräften, obwohl der große Zustrom der Babyboomer noch aussteht. Welche theoretisch möglichen Lösungen gibt es? Man kann junge Arbeitskräfte aus den EU-Ländern anwerben, in denen die demographischen Verhältnisse ausgeglichener sind, insbesondere aus Polen und Irland, zwei traditionell katholische Länder, die ihren Charakter übrigens schnell ändern. Wäre dies eine Lösung und zugleich ein Beitrag zur europäischen Integration, wegen der Förderung des freien Personen- und Warenverkehrs? Deutschland zögert in dieser Hinsicht und hat wegen des Beitritts der neuen EU-Länder einen zweijährigen Aufschub für diesen freien Verkehr erwirkt, insbesondere für den aus den Nachbarländern. Die Niederlande möchten eigentlich diesem Beispiel folgen, aber Schuijt fragt sich, ob dieser Standpunkt in zehn Jahren noch zu vertreten ist.

Die zweite Lösung: Könnten junge Menschen in unserem eigenen Land im Rahmen eines Sozial- oder zu ersetzenden Wehrdienstes (Zivildienst), wie ihn Deutschland zum Glück noch kennt, als Arbeitskräfte im Gesundheitswesen eingesetzt werden? Damit sind viele juristische und andere Probleme verbunden, aber wenn die Arbeit auf freiwilliger Basis von jungen Menschen verrichtet wird, z.B. neben ihrem Studium, dann wäre das ein Beweis von gesellschaftlicher Solidarität, die nicht erzwungen ist. Eine warmherzige Solidarität im Gegensatz zur vorgeschriebenen kollektiven Solidarität.

Dritte Lösung: Man lässt die jüngeren Älteren, z.B. die 55 bis 60 Jahre alten, die älteren Älteren versorgen. Diesen Gedanken wurde bereits im Teil "Arbeit" geschildert. Alle Systeme greifen letztendlich ineinander und unterstützen sich gegenseitig. Die Erhöhung der Arbeitsteilnahme von älteren Arbeitnehmern unterstützt den Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen. Wenn es funktioniert, dann war es eine gute Politik, aber es fordert ein Umdenken in der Haltung gegenüber Arbeit und Pflege.

Zum Schluss, die Kosten des Gesundheitswesens. Schuijt sieht in Zukunft eine Entwicklung, bei der das Drei-Pfeiler-System der Renten auch für das Gesundheitswesen und insbesondere für die persönliche Pflege anwendbar zu sein scheint: Ein allgemeines und obligatorisches Krankenkassensystem, das eine Basis-versicherung abdeckt und nicht sehr umfangreich sein wird, ein zweiter Pfeiler der kollektive private ergänzende Versicherungen beinhaltet und drittens eine individuelle private, nach eigenem Ermessen, ergänzende Versicherung. Die letzte könnte auch eine private Versicherung sein, die junge Menschen abschließen für ihre Versorgung im Alter. Es ist jedoch nur schwer vorstellbar, dass junge Menschen auf diese Art und Weise vorausschauend handeln. Aber zu diesem Umdenken innerhalb der Gesellschaft muss uns die Überalterung führen. Die Älteren, für die nun die Prognosen fürs Jahr 2030 und 2040 erstellt werden, sind die nun 25-Jährigen, die ihr eigenes Leben beginnen und in Strömen auf den Arbeitsmarkt kommen. Sollten diese jungen Menschen neben dem Erwerben von Hypotheken und anderen Vorkehrungen nicht auch das Vorhersehen ihrer Bedürfnisse im hohen Alter erlernen? Ältere Menschen müssen probieren länger jung und fit zu bleiben und junge Menschen müssen sich frühzeitig um ihre Altersversorgungen kümmern. Wenn das zum

neuen kulturellen Selbstverständnis wird, dann ist die Überalterung keine Katastrophe, sondern die natürliche Folge eines reichen Lebens.

3. Arbeitsgruppen

3.1. Einstiegsdiskussion

Nach Abschluss der Eröffnungs- und Begrüßungsreden fand eine Plenardiskussion statt, in deren Verlauf die Teilnehmer die Möglichkeit hatten, sich zur Situation in ihren Heimatländern zu äußern. Bereits innerhalb der Einstiegsdiskussion zeichnete sich der Tenor der vergleichenden Diskussion zwischen den Niederlanden und Deutschland ab. Es unterscheiden sich sowohl die aktuellen als auch die mittelfristig auftretenden Probleme, die in den beiden Ländern aus der demographischen Alterung entstehen.

3.2. Arbeitsgruppen

Die DNK 2003 diskutierte die Problematik der Alterung in vier unterschiedlichen Arbeitsgruppen. Jede der Arbeitsgruppen widmete sich einem anderen Aspekt der Problematik, und wie man ihr entgegenwirken kann. Die Diskussion in den Arbeitsgruppen orientierte sich an folgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen müssen *kurzfristig* (etwa bis 2010) getroffen werden, um die gravierenden Folgen des demographischen Wandels abzufedern?
2. Welche Möglichkeiten gibt es, um mit einer pro-aktiven Politik der Überalterung bzw. den sich daraus ergebenden Folgen *mittelfristig* entgegenzuwirken? Inwiefern lässt sich die demographische Entwicklung noch in eine gewünschte Richtung steuern?
3. Ausgehend von der Überlegung, dass die rapide Alterung der Gesellschaft allenfalls abgebremst, jedoch nicht gestoppt werden kann, ist zu fragen, inwiefern sich die europäischen Gesellschaften *langfristig* umstrukturieren müssen, wenn sie altern und in vielen Fällen auch zahlenmäßig schrumpfen. Damit stellt sich die Frage, wie sich die genannten Entwicklungen auf die Position Europas im internationalen Staatengefüge auswirken.
4. Inwiefern müssen sich die Stadtverwaltungen und staatliche Behörden auf demographische Strukturveränderungen einstellen? Dies soll anhand eines Vergleichs einer niederländischen mit einer deutschen Kommune diskutiert werden.

Die Referenten und Teilnehmer der diesjährigen Deutsch-Niederländischen-Konferenz repräsentierten ein breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure. Politiker, Experten aus Ministerien und Politik, Städteplaner, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten, Ärzte sowie Vertreter der Versicherungswirtschaft, aus dem Gesundheitssektor, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und aus der Wirtschaft versuchten in den Arbeitsgruppen, die einzelnen Themenbereiche auszuleuchten und sich mit der Beantwortung der Fragen zu befassen.

Sowohl die Geburtenrate und die Lebenserwartung als auch die Bedeutung der Sozialprogramme differiert von Land zu Land innerhalb der Europäischen Union. Präferenzen bezüglich verschiedener Bereiche der Sozialpolitik haben, bei allgemeiner Ähnlichkeit der sozialpolitischen Konzeptionen, zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Trotzdem - oder eben deshalb - lohnt es sich, einen Blick über den nationalen Tellerrand hinaus zu wagen und die Situation der Nachbarn, auf den einzelnen sozialpolitischen Feldern, mit der eigenen zu vergleichen, um so Anregungen für die eigene Reformpolitik zu erhalten.

3.2.1. Arbeitsgruppe 1

Welche Maßnahmen müssen *kurzfristig* (etwa bis 2010) getroffen werden, um die gravierenden Folgen des demographischen Wandels abzufedern?

Referenten:

- Herr Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mannheim
- Herr Prof. Dr. Hugo Keuzenkamp, Direktor der Stichting voor Economisch Onderzoek.

Vorsitz:

- Herr Dr. Konrad Schily

Keuzenkamp, formulierte in seiner Rede drei dringliche Maßnahmen für eine kurzfristige Reaktion auf die demographischen Herausforderungen der Zukunft. Seine Forderungen umfasst:

1. Eine allgemeine Steigerung des Engagements für den Aufbau menschlichen Kapitals, die schon im jungen Schulalter anfangen muss.
2. Es sollten Anreize zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen geschaffen werden. Ohne umfassende Maßnahmen wird der Gesundheitssektor sehr bald unbezahlbar.
3. Die Transparenz in der Rentenberechnung muss dringend erhöht werden. Auf diesem Gebiet sind die Bürger noch immer undurchsichtigen Verfahren ausgesetzt.

Börsch-Supan schloss sich weitgehend den Vorschlägen seines Vorredners an. Insbesondere die Anreize für eine Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen und die Erhöhung der Transparenz im Rentensystem sind auch aus seiner Sicht unumgänglich. Weiterhin forderte er:

1. Dass die Politik die Notwendigkeiten bezüglich der Reformen der sozialen Sicherungssysteme klarer kommuniziert. Die verantwortlichen Politiker lavieren, mit Blick auf die Wählergunst, hinsichtlich unangenehmer Wahrheiten und vermeiden klare Aussagen. Von der Richtigkeit vieler Reformen der letzten Jahre sei er überzeugt, doch gelang es der Politik nicht die Notwendigkeit zur Veränderung so zu kommunizieren, dass die BürgerInnen deren Vorzüge auch verstehen.
2. Die Politik muss eine Debatte zu der Erhöhung des Renteneintrittsalters führen, um die Rentensysteme zu entlasten. Hierzu gehört auch die Bildung von Rücklagen, um sich für die Herausforderungen im Gesundheitssystem in dreißig Jahren zu rüsten.

Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass kein universeller Lösungsansatz für die vielschichtigen Probleme, die durch den demographischen Wandel entstehen, existiert. Vielmehr betrachteten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe diese Forderungen als Denkanstöße. Keuzenkamp betonte, dass Anreize geschaffen werden müssen, wohingegen Börsch-Supan sich für deutliche Regulierungsmaßnahmen aussprach, da die von seinem Vorredner geforderten Anreize allein nicht ausreichen. Als Beispiel hierfür führte Börsch-Supan eine nachhaltige Gesundheitsreform an, wobei er verdeutlichte, dass eine Privatisierung allein keinen echten Fortschritt bedeuten würde.

Wenn sich auch die Lösungsansätze prinzipiell unterscheiden, waren die Experten jedoch einig darüber, dass in breiten Lagen der Bevölkerung das Bewusstsein für die Ernsthaftigkeit des Themas fehlt. So müssen, sowohl in der Wirtschaft (Keuzenkamp) als auch der Gesellschaft im Allgemeinen (Börsch-Supan), die Probleme, die aus Überalterung entstehen, deutlich angesprochen werden, um dieses Bewusstsein zu erzeugen. Nur so ist es möglich, die dringend notwendigen Reformen umzusetzen.

Aus dem Auditorium kam die Anmerkung, dass es hierbei nicht ausreiche, verstärkte Angebote im Bereich der Kinderbetreuung zu machen. Vielmehr müssten viele soziale Rechte, die bei den Bürgern noch unter verschärftem Besitzstandsschutz stünden, auf den Prüfstand gestellt werden. So wird man in den Niederlanden nicht umhinkommen, die Quote der Arbeits- und Berufsunfähigen in den nächsten Jahren zu senken. Bisher liegt ihre Zahl bei ca. 1.000.000, zukünftig soll sie auf 250.000 gesenkt werden. In Deutschland muss die Zahl der Frühverrentungen drastisch sinken. Beide Beispiele wirken bisher der notwendigen Produktivitätssteigerung und der zusätzlichen Aktivierung von Arbeitnehmern, die als wichtige Komponenten einer Strategie gegen die Folgen des demographischen Wandels angesehen werden, entgegen. Hier sollen negative Anreize, wie erhöhte Abschläge bei einem früheren Renteneintritt, gegen diese Phänomene wirken.

Börsch-Supan verdeutlichte, dass insbesondere den Deutschen klar werden muss, dass die Rentenleistungen nicht mehr komplett aus einer Kasse gezahlt werden können. Die Umstellung auf das Drei-Säulen-Rentenversicherungsmodell der Weltbank sei unumgänglich und unaufschiebbar. Dem Modell zufolge sollte nur noch eine garantierte Mindestrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezahlt werden, die durch, zumeist kapitalgedeckte, betriebliche und private Vorsorgemaßnahmen ergänzt werden müsste.

Hier erschließt sich ein besonderer Unterschied zwischen den Niederlanden und Deutschland. Die Niederlande, die schon seit langem über ein kapitalgedecktes Rentenfinanzierungssystem verfügen, sind der Bundesrepublik schon um einige Schritte voraus. Da bei kapitalgedeckten Rentensystemen nur der Leistungen empfangen kann, der auch Beiträge einbezahlt hat, ergeben sich keine Finanzierungslücken, die ein Problem des deutschen Systems sind – zum Beispiel empfangen in Deutschland Beamte Pensionen aus dem System der öffentlichen Renten, in das sie selbst nie einbezahlt haben. Der Vorteil des kapitalgedeckten Rentensystems liegt hier insbesondere darin, dass die zukünftigen Rentenleistungen, die aus dem System ausgereicht werden müssen, besser abschätzbar sind.

Doch auch die Probleme der kapitalgedeckten Rentenversicherung geraten beim Vergleich des deutschen und des niederländischen Systems in den Fokus der Betrachtung. Entgegen der Behauptungen der deutschen Versicherungen, die eine Umstellung des deutschen Systems auf Kapitaldeckung betreiben, weil es für sie ein Jahrtausendgeschäft bedeuten würde, schützt eine Systemumstellung kaum vor den aus dem Umlageverfahren bekannten Deckungslücke. Die derzeitige Situation des niederländischen Rentensystems zeigt, dass es in kapitalgedeckten Versicherungssystemen auch zu Deckungslücken kommen kann, die der Versicherungsgeber füllen muss. Dies gilt zwar nur im Falle eines Festleistungssystems, doch lässt sich feststellen, dass die alternativen Festbeitragsysteme für die Versicherten einen erheblichen Mangel an Sicherheit aufweisen.

Ein weiteres wichtiges Thema der Arbeitsgruppe 1 war das Gesundheitssystem. Die Hauptthemen waren hier Deregulierung und die Erhöhung der Transparenz. Deutschland leidet unter einem Machtkartell der Pharmaindustrie, der kassenärztlichen Vereinigungen und der Apothekenverbände. Hinzu kommen die einzelnen Krankenversicherungsträger und die allgemeine Vollkasko mentalität der Bürger, die den Regierenden jeglichen Reformmut verdirbt, da der ehrliche und ernsthafte Politiker mit Abwahl bestraft zu werden droht.

Im Bereich des Gesundheitswesens soll verstärkte Kostenorientierung zu größerer Effizienz führen und weitgehende Privatisierungen sollen zusätzlich in dieser Richtung wirken. Aus

dem Auditorium kam hierzu ein Einwurf, der auf die bereits bestehende Ungleichheit der Teilnehmer eines privatisierten Gesundheitswesens hinwies. Die Verfügung über Ressourcen kann hier der Schlüssel zum Zugang zur bestmöglichen Behandlungsmethode werden, was dem Sozialstaatsmodell als solchem entgegenstünde.

3.2.2. Arbeitsgruppe 2

Welche Möglichkeiten gibt es, um mit einer pro-aktiven Politik der Überalterung bzw. den sich daraus ergebenden Folgen *mittelfristig* entgegenzuwirken? Inwiefern lässt sich die demographische Entwicklung noch in eine gewünschte Richtung steuern?

Referenten:

- Herr Prof. Dr. Ralf Ulrich, Inhaber des Lehrstuhls für Demographie an der Humboldt Universität zu Berlin
- Herr Prof. Dr. Ron J. Lesthaeghe, Professor für Demographie und Sozialwissenschaftliche Methodologie an der Freien Universität in Brüssel

Vorsitz:

- Frau Kitty Roozmond

Ulrich ging in seiner Einführung auf die *10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung* für Deutschland ein. Diese vom Deutschen Statistischen Bundesamt herausgegebene Prognose beschäftigt sich mit möglichen Einschätzungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik. Anhand der einzelnen Einflussfaktoren – Lebenserwartung, Fertilität, Zuwanderung – ergeben sich neun Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2050, wobei der Rückgang des Bevölkerungsvolumens als wahrscheinlich gilt. Dies ist in erster Linie auf die seit Jahrzehnten zu geringe Geburtenrate zurückzuführen, die als Hauptursache für die Veränderungen der Altersstruktur in Deutschland angesehen wird. Ulrich umriss einige Auswirkungen wirtschaftlicher Art. So seien z.B. Unternehmen gehalten, sich stärker auf ältere Arbeitnehmer einzustellen, da es zukünftig ein weit geringeres Angebot junger Arbeitskräfte geben werde. Zudem wird ein allgemeiner Mentalitätswechsel bezüglich der Arbeitsmarktintegration von Älteren in Deutschland stattfinden müssen.

Für die Zukunft sieht Ulrich vier wesentliche Konfliktlinien, die sich seiner Meinung nach aus dem demographischen Wandel ergeben werden:

1. Einen, sich aus dem Generationenkonflikt ergebenden Streit zwischen Alt und Jung, der sich auf die Generationen übergreifende Verteilungsgerechtigkeit konzentrieren wird. Hier werden auf der einen Seite die ehemaligen Erwerbstätigen stehen, die sich einen Anspruch auf Altersversorgung erworben haben, und auf der anderen Seite die zu einem späteren Zeitpunkt Erwerbstätigen, die ob der übermächtigen Transferleistungen an die ältere Generation einerseits kaum in der Lage sind, ihren Lebensstandard zu erhalten und zudem keine üppige Altersversorgung erwarten können.
2. Ein die Steuer- und Sozialversicherungssolidarität betreffender Konflikt zwischen Eltern und Kinderlosen. Hier werden die einen sich darauf berufen, dass sie ein Anrecht darauf haben, ihr heute erarbeitetes Einkommen zu sparen und im Alter zu verbrauchen. Die anderen werden behaupten, dass nur wenn Kinder existieren, die das Funktionieren des gesamten Wirtschaftssystems auch in Zukunft sichern, ein solches Kapital noch existent sein wird und deshalb Eltern steuerlich und abgabenpolitisch besser gestellt werden müssten.
3. Ein sich auf die Integrationsproblematik zwischen Einheimischen und Zuwanderern beziehender Konflikt der, ob wachsenden Zuwanderungsbedarfs, weiter an Bedeutung

gewinnen wird. Der zu erwartende Arbeitskräftemangel wird die heute noch wenig aufnahmebereiten Völker Europas vor eine wachsende Herausforderung stellen, die im Zuge der zu erwartende Heterogenisierung der Gesellschaften entsteht.

4. Eine Verschärfung des Ost-Westkonflikts in Deutschland. Die großen Wanderungsprozesse von Ost nach West werden anhalten. Heute schwache Regionen werden, den Studien zur zukünftigen wirtschaftlichen Regionalentwicklung zufolge, weiter geschwächt und die schon starken Regionen weiter prosperieren. Die daraus folgende Erhöhung der Transferleistungen von Ost nach West, z.B.: in Form von Renten und durch den Länderfinanzausgleich, werden die Diskussion um regionale Verteilungsgerechtigkeit entflammen.

Ulrich appellierte vor diesem Hintergrund an alle Verantwortlichen, sich der Realität des bereits voranschreitenden Wandels zu stellen und „zukunftsfähig“ zu werden. Es gelte neue Konzepte zu entwickeln. Als bedeutendste, wirklich beeinflussbare Größe, sieht er hier die Geburtenrate, da Zuwanderung zwar kurzfristig eine Erhöhung der Arbeitsbevölkerung mit sich bringe, langfristig jedoch ebenfalls über die Rentensysteme bezahlt werden müsste.

Hierzu sei auf eine Bevölkerungsprognose für die Bundesrepublik hingewiesen, die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 angefertigt wurde. Orientiert am derzeitigen Altenkoeffizienten der BRD, der das Verhältnis zwischen den heute Erwerbstätigen zu den Leistungsempfängern der Rentenversicherung darstellt (Verhältnis der Menschen im Alter über 60 Jahren zu 100 von denen zwischen 20 und 60 Jahren). Zum Zeitpunkt der Feststellung lag dieser Koeffizient bei einem Wert von 42,8. Es mussten also mehr als zwei Erwerbstätige einen Leistungsempfänger versorgen. Für das Jahr 2030 erwartet diese Vorausbetrachtung, bei gleich bleibend geringer Geburtenrate, dass der Altenkoeffizient auf 81,3 steigt und im Jahre 2050 91,4 betragen wird. Nach einer Verdoppelung steigt der Altenkoeffizient weiter, so dass statistisch auf jeden Erwerbstätigen also fast ein zu Versorgender kommt. Diese Zahlen gelten bereits für die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, die Zahlen ohne die bereits Zugewanderten sind noch dramatischer (2000: 46,8; 2030: 91,5 und 2050: 107,7). Um diese wahrlich dramatische Entwicklung abzufedern, müssten bis zum Jahre 2050 netto 190 Millionen Menschen in die Bundesrepublik zuwandern. Es geht bei dieser Prognose wohlgemerkt nicht um eine bloße Stabilisierung der Bevölkerungszahl, sondern um den Erhalt einer wichtigen volkswirtschaftlichen Bestimmungsgröße. Vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerung zu großen Teilen sehr interessiert daran ist, das derzeitige Wohlfahrtssystem zukünftig zu nutzen, sollte der Altenkoeffizient, als die das Verhältnis zwischen den Leistungsträgern und Leistungsempfängern einer Gesellschaft angegebene Kennziffer, in der Diskussion um demographische Alterung mehr Berücksichtigung finden.

Auch Lesthaeghe beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Frage nach Sinn und Unsinn der „Replacement Migration“, d.h. der Zuwanderung, welche notwendig ist, um die Anzahl der „fehlenden“ Kinder zu kompensieren. Bereits in den Achtzigerjahren setzte ein struktureller Bevölkerungsrückgang ein. Zuwanderung allein kann hier keine Lösung bieten. Diese würde das Problem langfristig verstärken, was sich daraus ergibt, dass heute zuwandernde Erwachsene, die am Erwerbsleben teilhaben, in mittlerer Zukunft auch als Leistungsempfänger im Rentensystem auftreten würden. Er wies jedoch darauf hin, dass westeuropäische Länder bei gleichbleibend niedriger Geburtenrate nicht völlig ohne Zuwanderung auskommen könnten. Insgesamt ist aber die Tatsache von Belang, dass der Grad der Erwerbsbeteiligung erhöht werden kann. Möglich ist dies z.B. durch eine Veränderung der Lebensarbeitszeit oder den vermehrten Zutritt von Frauen zum Arbeitsmarkt. Auf diese Weise könnten das Verhältnis von Aktiven zu Inaktiven verbessert

und Sozialversicherungssysteme entlastet werden. Ferner müssen Produktivität und technologische Innovation einen wichtigen Aspekt in der Debatte einnehmen.

Lesthaeghe zeigte einen Querschnitt aller Industriestaaten, die teilweise sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen geschaffen haben. So wächst das Bevölkerungsvolumen der USA weiter am schnellsten im Vergleich der Industriestaaten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Geburtenrate der USA mit 2,2 Kindern immer noch über dem Ersatzniveau liegt. Hinzu kommen kontinuierlich hohe Einwanderungsraten, die bei der Bevölkerung auf höhere Akzeptanz stoßen als in anderen Industriestaaten, die keine vergleichbare Einwanderungsgeschichte haben.

Die Situation für die im Mittelpunkt dieser Konferenz stehenden Staaten unterscheidet sich bezüglich des derzeitigen Befundes und der Prognosen für die Zukunft. So ist einerseits die Gesamtgeburtenrate (englisch: „Total Fertility Rate“: TFR) in den Niederlanden etwas höher als die in Deutschland, was das Schrumpfen und die Alterung bereits verlangsamt. Lesthaeghe zitierte die MacDonal-Kippen *Total Labour Force Projection Scenarios*, denen zufolge die Geburtenraten in den einzelnen Staaten wieder auf mindestens 1,8 Kinder erhöht werden müssten. Zusätzlich sollte die Netto-Zuwanderungsrate auf jährlich 0,5 % der Gesamtbevölkerung steigen. Dies bedeutete für die Niederlande und für Deutschland eine Verdopplung der derzeitigen Rate auf etwa 80.000 (NL) und etwa 400.000 (D). Der deutsche Normalfall, in dem ein Ehepartner erwerbstätig ist und der andere, meist die Frau, durch das Einkommen des Partners mitversorgt wird, ist ein Modell, dass in Zukunft nicht mehr tragbar ist. Aufgrund der, trotz Steigerung der TFR und der Zuwanderung, weiter stattfindenden Alterung, wird sich das für die Finanzierung der Sozialsysteme wichtige Verhältnis zwischen im Erwerbsleben Aktiven zu inaktiven Mitgliedern der Gesellschaft weiter verschlechtern. Hier gilt es insbesondere für Deutschland, sich neuen Arbeitszeitmodellen und der verstärkten Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten zu öffnen.

In der sich anschließenden Diskussion äußerten sich verschiedene Teilnehmer zur Frage der Produktivität von älteren Arbeitnehmern. Es wurde die Frage diskutiert, inwieweit diese einerseits flexibler werden müssen und inwieweit sich Unternehmen überhaupt schon ausreichend mit der Frage des demographischen Wandels auseinandergesetzt haben. Vor dem Hintergrund der „alternden“ Gesellschaft ist es möglich und zum Teil bereits Realität, dass Investitionsentscheidungen auch aufgrund gerade dieser Entwicklung getroffen werden – dies kann sowohl positive als auch negative Folgen haben. Hier gilt es jedoch auch zu berücksichtigen, dass viele Unternehmen das Potenzial ihrer älteren Arbeitnehmer (noch) nicht optimal nutzen. Hinsichtlich der Thematik der Arbeitspartizipation stellt sich die Frage, ob zukünftig überhaupt ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden. Schließlich werden weitere Produktivitätssteigerungen auch dafür sorgen, dass der Personalbedarf weiter sinkt. Einige Teilnehmer wiesen auf den Zusammenhang zwischen Lohnnebenkosten und Arbeitslosigkeit hin. Sollten die Lohnnebenkosten weiter steigen, werden die Volkswirtschaften an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen und somit Investitionen verhindern, die Arbeitsplätze schaffen könnten.

In der Diskussion waren folgende Punkte von Bedeutung:

- Verschiedentlich wurde auch das veränderte (Konsum-, Wahl-, etc.) Verhalten zukünftiger Rentnerkohorten thematisiert. So ist denkbar, dass es zu Polarisierungen kommt, und die Rentner ihr politisches Gewicht auf Kosten der Jüngeren in Macht umsetzen.

- Die Tatsache, dass das reale Rentenniveau sinken wird, kann zu einer neuen Weise der Gestaltung des Lebensabends führen: die ausbezahlte Rente muss durch Teilzeitarbeit ergänzt werden.
- Nahezu einig zeigten sich die TeilnehmerInnen darüber, dass zur Erhöhung der Geburtenraten auch verschiedene Rahmenbedingungen (Schulzeiten, Vereinbarung von "Familie und Beruf" etc.) verbessert werden müssen.
- Ein sehr interessanter Aspekt ist die in der Diskussion aufgekommene Frage, was ein autokratischer Herrscher tun würde, wenn er mit ähnlichen Problemen konfrontiert wäre. In der Diskussion wurde klar, dass die Lösungsansätze sich im Grunde nicht von denen unterscheiden, die in der Debatte angebracht wurden. Unterscheiden würde sich vor allem die Geschwindigkeit, mit der etwa eine Steigerung der Geburtenrate Programm des Staates würde. So wäre zu erwarten, dass insbesondere eine pro-natalistische Politik ihre Wege zur Umsetzung finden würde. Unterscheiden würde sich der Herrscher von den in den Niederlanden und der Bundesrepublik arbeitenden Umsetzungszeiten. Er müsste nicht mit den verschiedenen Gruppen um die Bewahrung oder Abschaffung ihrer Privilegien kämpfen, die den Regierungen klassischer Verhandlungsdemokratien zusetzen.

Folgende Schlussfolgerungen können also aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe 2 gezogen werden:

- Es existiert kein realistischer Weg, den begonnenen Alterungsprozess durch Ersatzmigration zu stoppen; die nötigen Zuwanderungsraten wären unrealistisch (siehe z.B. Deutschland 2050).
- Ersatzmigration kann nur ein Teil der Lösung des Problems sein. Das beste wäre gezielte Zuwanderung junger Familien, die einerseits zur einer ausgeglicheneren Geschlechterverteilung unter Zuwanderern führen würde (bisher kommen vor allem alleinstehende Männer) und andererseits eine Fertilität auf Ersatzniveau oder darüber hätten.
- Da zum Teil bisher selbst die Einwanderer der vierten Generation als nicht integriert gelten, müssen sich die Gesellschaften besser auf das Entstehen einer multikulturellen Gesellschaft einstellen. Zudem müssen zusätzliche Anstrengungen zur Integration alter und neuer Zuwanderer unternommen werden.
- Die Aktivierung erwerbsfähiger aber nicht erwerbstätiger Teile der Bevölkerung muss voranschreiten. Dies gilt für Frauen, Alte und Personen die aus sonstigen Gründen bisher nicht erwerbstätig sind (etwa aufgrund mangelnder Bildung).
- Die Arbeitsproduktivität muss, durch technische Innovation, weiter gesteigert werden und Bildung muss der zentrale Begriff in dieser Debatte sein. Dies gilt gleichermaßen für Begriffe wie lebenslanges Lernen wie für die hochwertige Ausbildung der jungen Generationen.
- Die öffentlichen Haushalte müssen weiter konsolidiert werden.

3.2.3. Arbeitsgruppe 3

Ausgehend von der Überlegung, dass die rapide Alterung der Gesellschaft allenfalls abgebremst jedoch nicht gestoppt werden kann, ist zu fragen, inwiefern sich die europäischen Gesellschaften *langfristig* umstrukturieren müssen, wenn sie altern und in vielen Fällen auch zahlenmäßig schrumpfen. Damit stellt sich die Frage, wie sich die genannten Entwicklungen auf die Position Europas auf die Position Europas im internationalen Staatengefüge auswirken.

Redner:

- Herr Prof. Dr. Reiner Dinkel, Inhaber des Lehrstuhls für Demographie der Universität Rostock
- Herr Prof. Dr. Frans Willekens, Direktor des Nederlands Interdisciplinair Demographisch Instituut (NIDI) in Wassenaar.

Vorsitz:

- Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth

Die Moderatorin Frau Süßmuth wollte nicht von einer leeren Gesellschaft sprechen, sondern eher von einem Anstieg leerer Räume innerhalb der Gesellschaft. Eine niedrige Geburtenrate und hohe Arbeitslosigkeit bedingen, dass in den Rentenkassen zu wenig Geld ist, um die explosionsartig wachsende Gruppe Rentenberechtigter zu finanzieren. Es stellt sich die Frage, inwiefern eine selektive Migrationspolitik und Reformen des Sozialsystems eine Lösung für dieses Problem darstellen.

Dinkel wies auf den Unterschied zwischen der besorgniserregenden demographischen Lage in den Niederlanden und in Deutschland, und gesondert auf den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, hin. Während die Geburtenrate in Westdeutschland auf den aktuellen Wert von 1,4 Kindern je Frau gesunken ist, nähert sich die ostdeutsche Geburtenrate erst langsam wieder an dieses Niveau von unten her an. Die Gesamtgeburtenrate in den Niederlanden liegt mit 1,6 Kindern zwar etwas höher als die Deutschlands (1,4). Trotzdem ist auch die niederländische Geburtenrate zu gering, da sie unter dem zum Erhalt der Bevölkerungszahl notwendigen Ersatzniveau von 2,1 Kindern liegt.

Dass die Bundesrepublik und die Niederlande bisher nicht real schrumpften, sondern vielmehr kontinuierlich gewachsen sind, lässt sich durch Wanderungsgewinne der letzten Jahrzehnte erklären. Der bisherige Zuwanderungsbedarf war durch moderate Zuwachsraten gekennzeichnet, der zukünftige Bedarf an Zuwanderern wird jedoch sprunghaft anwachsen. Bedingt durch die geringere Geburtenrate wird Deutschland zukünftig einen höheren Bedarf an Zuwanderern verzeichnen. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch bedenklich, dass die Zuwanderungspolitik in Deutschland und den Niederlanden, während der letzten 30 Jahre, immer restriktiver wurde. Zudem wird das Feld der Einwanderungspolitik heute insbesondere in Deutschland zunehmend für ein gegenseitiges Überbieten bezüglich der Zuwanderungsverhinderungsmaßnahmen von Regierung und Opposition missbraucht. In der Bevölkerung wird weiter gezielt die Angst vor Überfremdung geschürt, die sich bei der nächsten Wahl direkt in Stimmen umwandeln lässt.

Für Deutschland bedeutet diese doppelte Ignoranz – bezüglich der notwendigen gewordenen Steigerungen der Geburtenrate und der Zuwanderung – sehr bald einen entscheidenden Einschnitt bezüglich des Bevölkerungsvolumens. Für den Zeitraum bis 2050 rechnet die 10. Bevölkerungsvorausschätzung des statistischen Bundesamtes mit einer Bevölkerungszahl zwischen 67 und etwa 81 Millionen, wobei die niedrigste Schätzung immer noch netto mindestens von 100.000, und die höchste Schätzung von netto 300.000, Zuwanderern pro Jahr ausgeht.

Eine niedrige Geburtenrate und hohe Arbeitslosigkeit bedingen, dass in den Rentenkassen zu wenig Geld ist, um die explosionsartig wachsende Gruppe Rentenberechtigter zu finanzieren. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine selektive Migrationspolitik und Reformen des Sozialsystems eine Lösung für dieses Problem darstellen.

Dinkel wies in seinen Ausführungen auf den Unterschied der Besorgnis erweckenden demographischen Lage in den neuen verglichen mit den alten Bundesländern hin. Nach 1935 sank die Geburtenrate bei deutschen Frauen von 2,2 Kindern auf 1,4 Kinder pro Frau. Eine Normalisierung ist nur dann zu erwarten, wenn durchschnittlich 3 Kinder pro Frau geboren werden. Zumindest müsste der Trend, in immer höherem Alter Kinder zu bekommen aufgehalten werden, weil zu langes Aufschieben von Geburten ein häufiger Grund von späterer Kinderlosigkeit ist. Das Statistische Bundesamt sagt bis 2050 eine gleichbleibende Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau, sowohl in Ost- als auch Westdeutschland, voraus. Die Erfahrung lehrt, dass Migrantinnen ihr Fortpflanzungsverhalten schnell den äußeren Bedingungen des Aufnahmelandes angleichen, weshalb Zuwanderung nur ein eingeschränktes Mittel zur Bekämpfung des demographischen Wandels darstellen kann. Trotzdem sollten Alter und Geschlecht wichtige Indikatoren für den demographischen Effekt eines Immigranten werden. Junge Frauen tragen ihre potentiellen Kinder in sich, doch sind sie unter den Zuwanderungswilligen eher unterrepräsentiert.

Auf Bitten des Plenums führte Dinkel seine Ausführungen zur allgemeinen Sensibilisierung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Immigration und Integration weiter aus. Nachdrücklich wies er darauf hin, dass:

1. die deutschen Immigrationszahlen verzerrt sind, da kurzfristige Migration (für einige Jahre) miteinbezogen wurde. Die reelle Zahl liegt niedriger als allgemein angenommen.
2. das Nachkriegsdeutschland große Flüchtlingsgruppen aufgenommen hat, die vollständig integriert wurden, und ohne die die deutsche Bevölkerung heute um ein Drittel kleiner wäre. 200.000 bis 300.000 Immigranten pro Jahr können jedoch niemals die Lösung für Probleme sein, die durch den demographischen Wandel einer Bevölkerung von 82 Millionen Menschen verursacht werden.

1972 senkte die Regierung unter Bundeskanzler Wilhelm Brandt das Renteneintrittsalter ohne eine entsprechende Anpassung der Renten. Eine mögliche strukturelle Reform böte eine Flexibilisierung des Rentensystems. Im Mittelpunkt steht die freie Wahl der Bürger: Renteneinstieg nach Wahl, je früher desto weniger Rente. Seit dem neunzehnten Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung der Deutschen mehr als verdoppelt und wird weiter ansteigen. Ein weiterer Anstieg hängt von den Entwicklungen der vorbeugenden Behandlung von Herz- und Gefäßkrankheiten, Krebs und der möglichen Bekämpfung ungesunder Lebensgewohnheiten ab. Die Notwendigkeit das Renteneintrittsalter anzuheben, sollte nicht weiter tabuisiert werden.

Fazit ist, dass nur das verteilt werden kann, was vorhanden ist. Die bestmögliche Sozialpolitik ist langfristig eine gute und innovative Wirtschaftspolitik. Strukturelle Reformen, die Bereitschaft, nach dem 55sten Lebensjahr weiterzuarbeiten, und die Bereitschaft, weiterhin in Innovation und Wirtschaft zu investieren, sind unumgänglich. Familienpolitik und eine realistische Haltung im Hinblick auf Immigranten sind sinnvolle Ergänzungen. Es gibt keinen Grund zur Panik, jedoch wird der Staat die Erwartungen der Bevölkerung an die neuen Umstände und Möglichkeiten anpassen müssen, um so politisches Verständnis für die dringenden, schmerzlichen Reformen zu bewirken.

Willekens versuchte die demographische Herausforderung der Überalterung darzustellen, indem er die Unterschiede der individuellen Lebenslaufplanung zur staatlichen Politik herausarbeitete. Seines Erachtens konzentriert sich die Diskussion auf die Frage, wie das

Leben anders gestaltet werden kann, wenn sich die Gesellschaft wandelt. Nur eine integrale Politik kann aus seiner Sicht effektiv sein. Willekens führt den populären Begriff der „Lebenslaufbetrachtung der Alterung“ (life course approach to ageing) ein. Diese Sichtweise akzeptiert, dass ältere Menschen keine homogene Gruppe bilden, und dass sich schon in jungen Jahren die Ursachen für spätere Altersprobleme formen.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Niederländer steigt jährlich um circa drei Monate. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von 90 bis 100 Jahren im Jahr 2030 ist demnach nicht unrealistisch. Genauso wie in Deutschland steigt die Lebenserwartung der Frauen weiter, während die der Männer schon seit Jahren stagniert. Von den 81 (w) bzw. 76 (m) erwarteten Lebensjahren werden 61 in guter Gesundheit verlebt. Wenn Menschen durch einen gesunden Lebensstil länger gesund bleiben, sinken die Kosten des Gesundheitswesens. Zwanzig Prozent der niederländischen Frauen bleibt kinderlos, was insbesondere daran liegt, dass viele gegenwärtig erst im höheren Alter eine Beziehung eingehen. Eine weitere Ursache liegt in der Schwierigkeit, Karriere und Kinder zu vereinbaren. Zudem ist Kinderkriegen recht teuer, da es die Karrierechance der Frau verringert. Die arbeitende Bevölkerung schrumpft weiter, da die Jungen später in den Arbeitsprozess eintreten und die Älteren eher aufhören als in früheren Jahren.

Man kann heutzutage mehrere unterschiedliche Lebenswege einschlagen. Die größere Auswahl erfordert aber auch mehr Planung und Vorausschau. Der eigene Lebensstil ist eine individuelle Entscheidung mit großen Folgen. Diese Folgen müssen teilweise durch den Einzelnen und teilweise durch die Gesellschaft getragen werden. Die niederländische Politik begrüßt den Gedanken der Lebenslaufplanung mit mehr Auswahl, wie dem Anhäufen von Freizeit und Geld in allen Lebensabschnitten. Der Staat muss den Bürger hierbei stimulieren, seine individuellen Risiken besser einzuschätzen. Zusätzlich muss eine zwischen den Generationen wirkende Solidarität stimuliert werden, die es dem Einzelnen ermöglicht, sich über seine heutigen und zukünftigen Probleme besser bewusst zu werden.

Das Plenum umriss in der Diskussion verschiedene Situationen. Unter anderem kam zur Sprache, dass:

- zum Beispiel Einfamilienhäuser Menschen darin einschränken, selbst für ältere Familienmitglieder zu sorgen.
- Knochenbrüche die meisten Krankenhausaufenthalte hervorbringen, und dass Ärzte präventive Osteoporosemaßnahmen befürworten, diese jedoch nicht staatlich gefördert werden. Es stellte sich die Frage, wie dies zur intensiven Förderung der Lebensplanungspolitik passt.
- das Ansparen von Freizeit in der Realität kaum zu verwirklichen ist. Es ist zu befürchten, dass die extra Beurlaubung ausgezahlt wird, da es oft unmöglich ist, diese extra Zeit anders einzulösen. Die Frage ist, ob man Menschen zur Solidarität zwingen kann? Ein Steuervorteil bringt Wahlvorteile mit sich, wird jedoch tatsächlich von kommenden Generationen finanziert und ist somit nicht solidarisch.

Aus der Diskussion der Arbeitsgruppe 3 lässt sich schlussfolgern, dass der Staat, Arbeitnehmerverbände, die Wirtschaft, die Krankenkassen und das Individuum die Kosten teilen müssen, um Lebensplanungsinitiativen zum Erfolg zu bringen. Nur so können in einer sich verändernden Gesellschaft ehrenamtliche Tätigkeiten, eine Kombination von Kind und Beruf und gesundheitliche Vorsorgemaßen möglich bleiben.

3.2.4. Arbeitsgruppe 4

Inwiefern müssen sich die Stadtverwaltungen und staatliche Behörden auf demographische Strukturveränderungen einstellen? Dies soll anhand eines Vergleichs einer niederländischen mit einer deutschen Kommune diskutiert werden.

Referenten:

- Prof. Dr. Heinrich Mäding, Deutsches Institut für Urbanistik
- Prof. Dr. Riek Bakker, Agentur BVR.

Vorsitz:

- Leonard Ornstein.

Das Portrait einer Stadt im Jahre 2015 zu entwerfen, unter Beachtung sechs essentieller Themenschwerpunkte, war der Ansatzpunkt der vierten Arbeitsgruppe. Diese Schwerpunkte waren:

1. Wohnungswesen
2. Infrastruktur
3. Pflege
4. Verhältnis von Jung und Alt
5. Immigration
6. Ökonomie

Mäding benannte vier für Städte relevante Teilprozesse des demographischen Wandels. Hierzu zählen Schrumpfung, Heterogenisierung, Alterung und Vereinzelung.

Schrumpfung sieht er als ein sich aus der künftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ergebendes Problem. Bezug nehmend auf die *9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung* des Statistischen Bundesamtes, der zufolge, je nach Wanderungsszenario, im Jahre 2050 noch zwischen 59 Mio. und 70 Mio. Menschen in der Bundesrepublik leben, schlussfolgerte Mäding, dass alle deutschen Städte sich mit Schrumpfung konfrontiert sehen werden.

Heterogenisierung ergibt sich aus der zu erwartenden Netto-Zuwanderung. Aufgrund der schnellen Alterung der heutigen Bevölkerung Deutschlands muss diese in einem Umfang eintreten, dass die Unterschiede zwischen der ursprünglichen und der hinzukommenden Wohnbevölkerung schnell wachsen. Der Effekt verstärkt sich zusätzlich durch die wachsende Heterogenität der zuwandernden Bevölkerung selbst. Es bestehen momentan keine Anwerbevereinbarungen mit einzelnen Ländern, wie zu Zeiten der Gastarbeiterzuwanderung, in denen lediglich Personen aus wenigen Ländern, vor allem aus der Türkei, nach Deutschland zugewandert sind.

Alterung ist die natürliche Konsequenz aus der seit Jahrzehnten zu geringen Nettofortproduktionsrate. Im Gegensatz zu gängigen Annahmen ist nicht die wachsende Lebenserwartung der zentrale Grund für die Alterung, sondern die permanente Unterschreitung des Ersatzniveaus.

Vereinzelung: Mäding beschreibt hiermit den sich verstetigenden Trend zu Einpersonenhaushalten, der sich aus verschiedenen Quellen speist. Die sich wandelnde Altersstruktur, die wachsende Quote derjenigen, die zeitlebens ohne Partner, unverheiratet oder ohne Kind bleiben, die Verschiebung des Heiratsalters nach hinten, die Entwicklung der Scheidungen und andere Ursachen sind für die steigende Zahl von Menschen die allein leben verantwortlich.

Aus diesen im Laufe seines Vortrages erarbeiteten Einzeleffekten ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik in Zukunft weniger, bunter und älter sein und zudem vereinzelter leben wird. Dieses Szenario lässt sich auch auf die meisten Industrienationen übertragen, die ähnlichen Trends unterliegen. Die Trends werden innerhalb der Regionen und Kommunen eines Staates unterschiedlich wirken. So erwartet man, dass einige meist schon heute prosperierende Regionen weiter boomen und so von der Binnenwanderung an Arbeitskräften profitieren. Umgekehrt wirkt dies auf die heute schon dünn besiedelten Regionen, wie etwa große Teile des Ostens Deutschlands.

Die drei Dimensionen einer Stadt, sind der Wirtschafts- und Lebensraum, die gebaute Stadt und die politische Stadt, beschreiben die Funktionen die eine Stadt erfüllt. In diesen drei Dimensionen ist die Stadt von den vier Trends, die durch die Alterung ausgelöst werden, betroffen. In Tabelle 1 sind die, durch die Alterung ausgelösten, möglichen Entwicklungen der Funktionen der Städte aufgeführt.

Tabelle 1:

	Stadt als Wirtschafts-/ Lebensraum	Gebaute Stadt	Politische Stadt
Alterung	Gesundheitssystem	Nachfrage nach altersgerechten Angeboten	neue Prioritäten
Vereinzelung	Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Wohnfläche/Kopf	politische Beteiligung
Schrumpfung	steigende Stückkosten Arbeitskräfterrückgang	Leerstände weite Wege	sinkende Finanzkraft Misserfolg
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	politische Beteiligung Polarisierung

aus Mäding, Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 02/2003 "Demographische Wandel" S.60

Diese Veränderungen bedeuten für die kommunale Verwaltung, die über die Stadtentwicklung entscheidet, dass breite Aufmerksamkeit hergestellt werden muss, um mit geeigneten Rahmenbedingungen die Möglichkeiten herzustellen, die eine langfristige Stadtentwicklungsplanung sicherstellen. Mögliche Maßnahmen, die durch die Politik ergriffen werden sollten, sind nach Mäding:

- ein schonungsloses Monitoring der aktuellen Situation und langfristige Prognosen der kommunalen Entwicklung,
- die Entwicklung einer konkreten Bevölkerungspolitik, die möglichst bei den nationalen Regierungen liegen sollte (die Städte sollten sich im Rahmen einer "Attraktivitätspolitik" um den Zuzug von Bürgern bemühen) und
- die EU und die nationalen den Städten übergeordneten Regierungsebenen müssen den Städten zur Erfüllung ihrer Aufgaben die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu gehören die nötigen Handlungsspielräume und die finanzielle Ausstattung.

Bakker verdeutlichte die von Mäding ausgeführten Grundlagen anhand der niederländischen Städte Rotterdam und Leidsche Rijn in Utrecht. Die Entwicklung der Projekte in ihrer Gesamtheit stand dabei im Vordergrund ihrer Präsentation. Rotterdam als Stadt, die neu aufgebaut wurde, und Leidsche Rijn als neu geschaffenes Viertel repräsentieren hier

gleichermaßen, wie die Stadt der Zukunft aussehen könnte. Entscheidende Gemeinsamkeit der beiden Städte ist, dass besonders auf die Qualität – die Balance – des Lebensumfeldes geachtet wurde, ohne dabei die Problematik als Ganzes aus den Augen zu verlieren.

Das Plenum versuchte im Anschluss, die Idee einer Stadt der Zukunft zu konkretisieren. Dabei war die Frage zu berücksichtigen, ob das Gebiet an die Menschen anzupassen ist, oder sich die Menschen an das Gebiet anpassen müssen. In der Diskussion wurde jedoch schnell deutlich, dass sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden nach einem Kompromiss zu suchen ist. Der Vorschlag, eine Stadt zu entwickeln, die sich aus vielen einzelnen „Dörfern“ zusammensetzt, wurde aufgegriffen und ausgebaut. Zur Verdeutlichung wurden bereits verwirklichte Projekte vorgestellt und ein Vergleich mit dem ehemaligen West-Berlin gezogen. Die Besonderheit, dass sich West-Berlin räumlich nicht ausbreiten konnte, führte automatisch zu einer derartigen Entwicklung.

Darüber hinaus haben Untersuchungen ergeben, dass Menschen im Hinblick auf tägliche Bedürfnisse im Prinzip keinen großen Bewegungsradius haben. Vor dem Hintergrund, dass es bereits ein breites Erfahrungswissen gibt, welches nur mobilisiert und kommuniziert werden muss, können diese Generationen übergreifenden Projekte angegangen werden. Die Stadtviertel und Stadtteile müssen alle täglichen Bedürfnisse abdecken (Schulen, medizinische Versorgung etc.), um so ein lebendiges Ganzes zu ergeben, in dem sich sowohl langjährige als auch zugezogene Menschen wohl fühlen. Die Finanzierung derartiger Projekte, aber auch die Schwierigkeiten, die sich durch die umfangreichen Verordnungen und Gesetze ergeben, wurden im Plenum dahingehend diskutiert, ob eine Verwirklichung überhaupt möglich ist. Dabei wurde von Mäding aber auch von Bakker darauf hingewiesen, dass sowohl die niederländischen als auch die deutschen Bestimmungen sehr wohl sinnvoll sind. Im Hinblick auf die Finanzierung wurde angeregt, benötigte Mittel aus anderen Quellen zu beziehen, wie etwa privaten Wohnungsbaugesellschaften und ähnlichen Investoren, da vom Staat keinerlei Mittel zu erwarten sind.

Freitag 21.11.2003

4.1. Plenarsitzung

Redner:

- Herr Wolfgang Koberski, leitender Beamter des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Berlin
- Herr Prof. Dr. Bernhard M.S. van Praag, von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Amsterdam

Vorsitz:

- Otto von der Gablenz

In seiner Einleitung zu den folgenden Vorträgen und der Podiumsdiskussion stellte Otto von der Gablenz fest, dass sich die Konferenz schon am ersten Tag als Fachkonferenz bewährt hat. Eines der zentralen Anliegen der DNK, die Schaffung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch Kommunikation, ist wieder einmal verwirklicht worden. Die drei für die Lösung des Problems „demographischer Wandel“ erheblichen Komponenten: Geburtenrate, Einschränkung der Sozialausgaben und Migrationspolitik können nur in Kombination sinnvoll wirksam werden.

Koberski berichtete von einer Dienstreise nach Japan. Dort wird in der Diskussion über die strukturellen Probleme des letzten Jahrzehnts, dieses als verlorenes Jahrzehnt bezeichnet. Folgt man dieser Terminologie, muss man feststellen, dass Deutschland schon zwei verlorene Jahrzehnte bezüglich mangelnder Reformen hinter sich hat. Aus diesem Grund sieht er keine Alternative zur Agenda 2010.

Bezüglich der Bevölkerungsproblematik ging Koberski auf die Probleme zwei Jahrhunderte zuvor ein. Damals stellten sich die Probleme genau umgekehrt zur heutigen Sachlage dar. Die Bevölkerung wuchs geometrisch und die Nahrungsmittelproduktion nur arithmetisch. Dieses Problem erkannte Robert Malthus zuerst und prognostizierte aufgrund des sich ankündigenden Nahrungsmangels ein Massensterben. Heute weiß man, dass diese Entwicklung durch technischen Fortschritt, wie die Erfindung des Kunstdüngers durch Justus Liebig, verhindert werden konnte. Das heutige Problem stellt sich genau anders dar. Das Problem der Überalterung der Gesellschaften betrifft nahezu alle Industriestaaten, insbesondere aber Europa, Japan und China.

Stark verjüngende Gesellschaften, wie die vor 150 Jahren, und alternde Gesellschaften, wie die heutigen, sollten für Volkswirtschaften gleichermaßen verkraftbar sein, da demographische Veränderungen weitaus langsamer verlaufen als wirtschaftliche. Man sollte die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft nicht unterschätzen. Sie wird durch den demographischen Wandel nicht zwingend überfordert, und daher sollten die Schreckensszenarien nicht übertrieben ernst genommen werden. Aus Koberskis Sicht müssten die folgenden Denkanstöße Eingang in die Debatte finden:

1. Ältere MitbürgerInnen müssen davor geschützt werden, als Verursacher des Problems herhalten zu müssen. Die hier entstehende Diskriminierung entbehrt jeder Gerechtigkeit.
2. Die generelle Akzeptanz für unsere sozialen Sicherungssysteme sollte nicht bewusst aufs Spiel gesetzt werden, da der entstehende Schaden kaum begrenzt werden kann.

3. Es ist nicht die private oder soziale Alterssicherung an sich, die uns gefährdet, sondern ihre Finanzierungsart.

Koberski betonte, dass sowohl alternde als auch Babyboom-Gesellschaften spezifische Sonderausgaben bewältigen müssen, sei es für Altersheime, Pflege und Gesundheitskosten oder Schulen und Betreuungseinrichtungen. Ob eine Gesellschaft diese Zusatzbelastungen finanziell bewältigen kann, hängt von der generellen Einkommensentwicklung, der generellen Beschäftigungsentwicklung, der Länge der Lebensarbeitszeit und der Höhe der Leistungen für Nicht-Erwerbstätige ab. Da immer nur verbraucht werden kann, was in der Volkswirtschaft erwirtschaftet wird, ist eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der einzig sinnvolle Ansatz, um die derzeitige Schieflage der Sozialsysteme zu korrigieren. Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten und eine die gesamte Bevölkerung umfassende, nachhaltige Bildungsoffensive sind dringend notwendig, um die Volkswirtschaft in die Lage zu versetzen, sich mit Erfolg den Herausforderungen zu stellen.

Aus der Sicht von Van Praag sollte eine liberale Demokratie heutiger Prägung auch in der Lage sein, sich den äußeren Bedingungen anzupassen, um weiter bestehen zu können. Leider ähneln die Reaktionen der verantwortlichen Regierungen schon zu lange eher einem kurieren an den Symptomen anstatt der Ursachen. Verglichen mit der Situation in Japan nehmen sich die Probleme in Europa noch gering aus. Die Alterung dort schreitet noch schneller voran, die Bevölkerung ist noch weniger bereit, Zuwanderer zu akzeptieren, und die Wirtschaftskrise scheint nicht mehr zu enden. Von einer derart zugespitzten Lage sind die Gesellschaften Europas derzeit glücklicherweise noch nicht betroffen.

Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen Maßnahmen, die zur Erhaltung des Bevölkerungsvolumens geeignet sind, und solchen und die zum Erhalt der Bevölkerungsstruktur dienen. Hierzu ist zu sagen, dass die Gesellschaften in Deutschland und den Niederlanden momentan nicht zur Aufnahme von weiteren Zuwanderern bereit sind. Insbesondere in den Niederlanden herrscht ein Gefühl, das sich am besten mit „das Boot ist voll“ beschreiben lässt. Die Antwort auf die Frage: „Was ist die optimale Bevölkerungsgröße für ein Land?“, ist von einer Vielzahl von subjektiven und emotionalen Faktoren beeinflusst. Daher lässt sich in einer Gesellschaft hierfür kaum ein eindeutiger Konsens finden.

Es ist eine Tatsache, dass Zuwanderung, insbesondere im großen Stil, die Bevölkerungsstruktur eines Landes nachhaltig verändert. Somit ist verständlich, dass die Angst vor einer kommenden Welle von Zuwanderern aus Osteuropa vergleichsweise groß ist. Es ist also vor allem nötig, die Geburtenrate wieder auf ein Maß zurückzuführen, das den Erhalt der Bevölkerungsstruktur möglichst weitgehend „von innen“ verwirklicht. Die Tatsache, dass die Altersstruktur einer Gesellschaft auch immer ein Indikator für die Gesundheit einer Volkswirtschaft ist, bleibt bestehen und alle Kräfte in der Gesellschaft sind in der Pflicht, ihren Beitrag zum Erhalt einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur zu leisten. Für die Zuwanderung sollten, Van Praag zufolge, die aus der französischen Einwanderungspraxis bekannten Bedingungen gelten. Integration steht in Frankreich immer für komplette Assimilation der Zuwanderer in den französischen Wertekanon, mit einem vollen Bekenntnis zu Republik und Nation. Weiterhin befürwortete Van Praag ein Punktesystem für Zuwanderer nach kanadischem Muster. Es darf nicht mehr unmöglich sein, Zuwanderer nach Kriterien auszuwählen, die vom Aufnahmeland erwartet werden. Hier nach Qualifikation, Alter oder Familienstand zu bewerten, muss als Recht des Staates verstanden werden, der zur Heimat der Menschen werden soll. Dies könnte auch zur Erhöhung der Akzeptanz von Zuwanderern in den Aufnahmeländern beitragen.

4.2. Podiumsdiskussion

Aufgrund der momentan hohen gesellschaftlichen Relevanz des Themas "demographischer Wandel", sollte während der Podiumsdiskussion vornehmlich die Politik zu Wort kommen. Hierzu wurden Regierungs- und Oppositionsvertreter aus den Niederlanden und Deutschland eingeladen, die über ihre persönliche Wahrnehmung der Problematik "Überalterung" und den Stand der Sensibilisierung ihrer Parteien sowie die Entwicklung konkreter Politikansätze diskutieren sollten.

4.2.1. Vorstellung der Gäste

Als Vertreterin der Opposition im deutschen Bundestag war Ursula Heinen (CDU) zu Gast. Sie war Mitglied der Enquête Kommission "demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages. Aus Sicht von Frau Heinen ist die einzig sinnvolle Reaktion auf den demographischen Wandel, dass das wirtschaftliche Wachstum zum absoluten Thema Nummer eins der Politik wird. Hierzu muss die Erwerbsquote von Frauen dringend erhöht werden, da der Wegfall von Arbeitskräften durch Pensionierungen kompensiert werden muss.

Als Oppositionsvertreter der Niederlande war der Abgeordnete der PvdA Frank Heemskerk geaden. Heemskerk wies darauf hin, dass sich die Situation in den Niederlanden deutlich von der in Deutschland unterscheidet. So ist die Geburtenrate in den Niederlanden weit höher als in Deutschland, was die Geschwindigkeit des Überalterungsprozesses bremst. Außerdem ist das niederländische Rentensystem bereits vollständig nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisiert, was die Eigenverantwortung der Bürger fördert und den Staatshaushalt entlastet. Doch ist Überalterung natürlich auch in den Niederlanden ein Problem. Allein eine höhere Geburtenrate als Deutschland zu haben reicht nicht, wenn sie auch in den Niederlanden das Ersatzniveau noch deutlich und nachhaltig unterschreitet. Zudem ist, verglichen mit Deutschland, der Anteil zuhause gepflegter Älterer viel geringer und es existiert keine separate Absicherung, etwa durch eine Pflegeversicherung, was die Kosten im Gesundheitswesen signifikant erhöht.

Die Vertreterin der Regierungsfraktion in der zweiten Kammer der Niederlande, Niny van Oerle van der Horst von der CDA, war Mitglied der parlamentarischen Kommission zum Thema "Vergrijzing". Aus ihrer Sicht muss sich die Politik darum bemühen, die Solidarität zwischen Alten und Jungen zu stimulieren. Es ist bemerkenswert, dass in der Bundesrepublik achtzig Prozent aller Pflegebedürftigen von Familienmitgliedern gepflegt werden und in den Niederlanden nur sechzig Prozent - ein Wert der in Deutschland sogar noch bei Schwerstpflegebedürftigen erreicht wird. Doch bleibt Gerechtigkeit aus ihrer Sicht mehr als ein nur ökonomisches Thema. Vielmehr geht es dabei auch um gesellschaftliche Grundwerte, die nicht einfach zu erkaufen sind. Pflegearbeit und Kindererziehung bleibt leider häufig noch Aufgabe der Frauen, was einer fatalen Ungleichverteilung familiärer Lasten entspricht. Um diese miteinander verknüpften Probleme anzugehen, bedarf es eines Entwurfs integraler Lösungsansätze. Alle Themen müssen unter den Aspekten der Generationen- und der Geschlechtergerechtigkeit diskutiert werden. Es bedarf koordinierter Schritte, um den drohenden Engpässen im Pflegebereich entgegenzutreten.

Dr. Hans-Ulrich Krüger ist Mitglied der SPD-Fraktion des deutschen Bundestages und Vertreter der deutschen Regierungsposition auf der DNK. Aus seiner Sicht ist man sich der Problematik in Deutschland schon seit langer Zeit bewusst, weshalb man die Probleme zum Teil bereits klarer benennt als in den Niederlanden. Den Hauptgrund hierfür sieht Krüger vor allem in den zusätzlichen Belastungen, die für das deutsche Sozialsystem durch die Wiedervereinigung entstanden sind. Hier sieht er auch das Potential für eine größere

Akzeptanz für Maßnahmen, die gegen die aus dem demographischen Wandel resultierenden Probleme ergriffen werden müssen.

Als eines der zentralen Konzepte sieht er die intergenerative Verteilungsgerechtigkeit an. Die Kosten müssen möglichst gerecht zwischen aktiver und inaktiver Bevölkerung verteilt werden. So sollten die Gesetze immer in Hinblick auf diese intergenerative Gerechtigkeit geprüft werden. Weiterhin muss man sich die Frage stellen, wie man Innovationen und Wachstum nachhaltig stimulieren kann. Hierzu ist die Erwerbsquote unter Älteren und Frauen zu erhöhen. Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit müssen dringend zu Umsetzung kommen. Außerdem müssten Begriffe wie lebenslanges Lernen endlich mit Inhalt gefüllt werden und Karrierewechsel im Laufe der Erwerbstätigkeit einer Person zu mehr Anerkennung in der Gesellschaft gelangen.

Die in Deutschland im großen Stil durchgeführte Frühverrentung älterer Erwerbstätiger war ein fataler Fehler. Die Wirtschaft hatte von diesem Mittel massiv Gebrauch gemacht und dies mit dem Argument verteidigt, dass man die frei werdenden Stellen mit jüngeren Arbeitnehmern besetzen wollte, da sie über neues Wissen verfügen, das es für notwendige Innovationen zu nutzen gelte. In Wahrheit wurde jedoch lediglich jede fünfte bis sechste frei werdende Stelle wiederbesetzt, und die Arbeitslosigkeit wurde fast nicht gesenkt.

4.2.2. Thesen zur Diskussion

Als Grundlage für die im Zentrum des zweiten Veranstaltungstages stehende Podiumsdiskussion sind die folgenden zehn Thesen entwickelt worden:

1. Durch ihre zahlenmäßige Zunahme werden Senioren eine entscheidende politische Macht erhalten. Wenn Politiker die Anliegen dieser Gruppe nicht ausreichend berücksichtigen, wird es über kurz oder lang zu einer Formation von politischen *'single-issue'* Parteien kommen.
2. Generationenkonflikte über die Verteilung finanzieller Mittel werden das politische Geschehen in zunehmendem Maße bestimmen.
3. Migration bietet weder für die zu erwartenden Lücken auf dem Arbeitsmarkt noch für die rückläufigen Steuereinkünfte, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, eine Lösung. Selektive Arbeitsmigration kann einige Engpässe jedoch ausgleichen.
4. Innerhalb der nächsten fünf Jahre müssen alle Formen von Frühpensionierung abgeschafft werden.
5. Sowohl der niederländische als auch der deutsche Staat müssen dringend eine Lösung für die Kinderbetreuungsproblematik finden. Wenn das Potential nicht berufstätiger Mütter nicht angesprochen wird, werden die Folgen des demographischen Wandels noch deutlicher spürbar.
6. Die zweifache Belastung von Frauen/ berufstätigen Müttern ist das entscheidende Hindernis, wenn es darum geht, mehr Kinder zu bekommen. Nur substantielle Steuervorteile für Alleinverdienende / Hauptverdiener können dies beenden.

7. Kinder, die einen eigenen Anteil zur Pflege ihrer selbständig wohnenden, pensionierten Eltern beitragen, müssen steuerlich begünstigt werden.
8. In zwanzig Jahren wird das Renteneinstiegsalter auf 70 Jahre angehoben sein müssen.
9. Mitbürger mit Kindern sollen weniger Steuern zu zahlen haben als Mitbürger ohne Kinder, bzw. Kinderlose müssen einen höheren Rentenbeitrag zahlen.
10. Der Staat muss sich aktiv an einem Wandel hin zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beteiligen.

Diese Thesen verdeutlichen, dass sich in den Gesellschaften der Niederlande und Deutschlands in Zukunft auf einschneidende Veränderungen einstellen müssen. Die Realität drängt also zu Reformen. Jedoch verschiebt sich die Relation zwischen Jung und Alt so, dass die Aufgabe tradierter *Cleavages* (die bestimmenden sozioökonomischen Konfliktlinien einer Gesellschaft), zugunsten eines Konflikts zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern, möglich wird. In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen. Droht den Gesellschaften also eine Dominanz der Senioren, die Reformen zu Ihren Ungunsten nicht akzeptieren? Werden sich die Parteiensysteme um altenspezifische Parteien erweitern oder wird die schon vorhandene Dominanz Älterer in den Parteien weiter ausgebaut und die Reformaversion weiter stärken?

4.2.3. Diskussion

Der Moderator der Podiumsdiskussion, das Mitglied des niederländischen Lenkungsausschusses Prof. Dr. Paul Schnabel, nahm in seiner Eröffnungsfrage an das Podium Bezug auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vom Donnerstag. Die erste Frage, ob der demographische Wandel die politische Landschaft so verändert, dass Reformen immer schwerer durchzusetzen sind, richtete er an die Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen.

Frau Heinen sagte, dass sie die Gefahr durchaus für real hält, dass Ältere sich um die aktive Einbringung der sie betreffenden Themen in die Politik bemühen werden, und dies auch zu Ungunsten von Reformen geschehen wird. Allein ein Blick auf die Zahlen bezüglich des Verhältnisses zwischen Jung und Alt verdeutlicht, dass dies nicht unwahrscheinlich ist. So hält Frau Heinen es für sehr wahrscheinlich, dass neue Parteien gegründet werden oder, speziell in Deutschland, die Senioren die vorhandenen Parteien von innen her nach ihren Bedürfnissen umgestalten werden. Schon heute werden die Parteien in Deutschland von der so genannten AG 50+ dominiert und aufgrund des fehlenden Nachwuchses wird sich dieses Verhältnis kaum normalisieren. In ihrer Partei, so befürchtet sie, läge das Durchschnittsalter bereits weit über fünfzig Jahren. Das Gleiche vermutet sie auch für die SPD.

Wie wichtig die Gruppe der Älteren ist, habe ihre Partei im Jahre 1998 erfahren müssen. Die Regierung unter Helmut Kohl hatte die Rentenformel in Deutschland um einen demographischen Faktor ergänzt, der die Wirkung des demographischen Wandels durch geringere Leistungssteigerungen abfedern sollte. Diese Reform wurde von vielen Älteren mit der Wahl der SPD quittiert. Doch hofft Frau Heinen auf ein Einsehen bei den Senioren, da die Renten nicht aus dem Nichts kommen können, sondern von den Jüngeren erwirtschaftet werden. Dazu kommen die Probleme der Kranken- und der Pflegeversicherung, von denen viele Ältere abhängig sind und die von den Beitragszahlern finanziert werden.

Frau Heinen bezog sich auf das geflügelte Wort des ehemaligen Sozialministers der Regierung Kohl, Norbert Blüm, "Alt und Jung sitzen in einem Boot" und fordert die Generationen auf, zusammen für Bewegung zu sorgen. Bisher litt die Modernisierung der Sozialpolitik immer an einem Vermittlungsproblem. Die Notwendigkeit zu diesen Reformen wurde von der Politik nie ausreichend kommuniziert. Eine Schlussfolgerung aus den hier sich darstellenden Problemen ist für sie die Überprüfung künftiger Gesetze bezüglich ihrer Generationengerechtigkeit. Es sollte nicht mehr nur eine Prüfung bezüglich der Haushaltsneutralität der Gesetze für heute stattfinden, sondern vielmehr die Auswirkungen auf das Verhältnis von Jung und Alt (oder Beitragszahlern zu Beitragsempfängern) überprüft werden. Van Oerle meinte, dass der Intergenerationskonflikt das Thema der Zukunft ist. Die Lasten, die von der Gesellschaft getragen werden müssen, werden alle betreffen. Bisher ist die Diskussion in den Niederlanden leider immer noch stark von einem sehr negativen Altenbegriff geprägt, was in der Diskussion wenig hilfreich ist. So kann das bereits bestehende Kommunikationsproblem kaum aufgelöst werden, was einen härteren Verteilungskampf zur Folge hat.

Die generellen sozialökonomischen Probleme sind jedoch alle miteinander verknüpft und können nur in einer koordinierten Lösung, im Einverständnis aller Beteiligten, angegangen werden. Der Zusammenhang zwischen dem Arbeitsmarkt und den Kosten des Sozialstaates verdeutlicht, dass eine starre Haltung in der Auseinandersetzung das Gemeinwohl empfindlich stören kann. Schon deshalb sollte das gesellschaftliche Bewusstsein im Sinne eines einvernehmlichen Miteinander beeinflusst werden.

Dr. Schnabel sprach Dr. Hans-Ulrich Krüger auf die in Deutschland Generationen übergreifende Fürsorgepflicht an. Insbesondere interessierte ihn hier, wie dieses Konzept in Zeiten, in denen Eigenverantwortung ein Schlüsselbegriff in der Debatte ist, noch zu der Akzeptanz gelangt, die es wirksam bleiben lässt.

Krüger erklärte die Konzeption der im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschriebenen gegenseitigen Fürsorgepflicht zwischen Eltern und Kindern, die lebenslang wirksam ist. Grundsätzlich wird im Falle der Versorgungsnotwendigkeit einer Person die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kinder mit den finanziellen Möglichkeiten der Eltern, etwa der verwitweten Mutter, daraufhin überprüft, ob sie sich an den Kosten für eine Heimunterbringung beteiligen können. Sollte diese Möglichkeit bestehen, werden diese Mittel zur Finanzierung der Unterbringung herangezogen. Abgemildert wird dies durch die Pflegeversicherung, die zusätzlich zur Rente die Pflege der Senioren absichert.

Der demographische Wandel führt jedoch dazu, dass im Jahre 2030 schon vierzig Prozent der pflegebedürftigen über keine Angehörigen mehr verfügen, die sie unterstützen könnten. Daher wird eine weitere Reformierung der Sozialpolitik notwendig sein. Krüger bedauerte abschließend, dass die durch diese Schritte Betroffenen sich heute überhaupt noch nicht für den demographischen Wandel und den darauf folgenden Reformen interessieren. Vielmehr muss er häufig Fragen von heutigen Rentnern beantworten, die um ihre Absicherung fürchten. Deren Ansprüche aber durch die jetzt beschlossenen Reformen nicht berührt werden.

Zur Situation in den Niederlanden sagt Frank Heemskerk, dass man ein der deutschen Fürsorgepflicht ähnliches Fürsorgemodell in Form eines Pflegegeldes kennt. Doch stimmt er mit der derzeitigen Regierung überein, dass der Staat den Menschen nicht alles abnehmen kann. Es gibt einen Bereich in dem der Staat die private Vorsorge nicht ersetzen kann. Die Menschen müssen verstehen, dass ein Mangel an eigenen Nachkommen weder praktisch noch

finanziell durch die Gemeinschaft ersetzt werden kann. Nur wenn die Menschen sich ihrer Verantwortung für sich und die Gesellschaft bewusst werden und bereit sind, sich den Herausforderungen des demographischen Wandels zu stellen, können sie von der Gesellschaft erwarten, dass sie sich um den Einzelnen mehr kümmert. Bewiesene Eigenverantwortung ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Verantwortung.

Dem stimmte Van Oerle zu. Sie hob jedoch nochmals hervor, dass hier insbesondere eine Asymmetrie zwischen der von Frauen und der von Männern geleisteten Arbeit gibt. Es ist leider immer noch normal, dass Frauen, zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit oder im Austausch damit, für pflegebedürftige Angehörige sorgen und Männer sich dafür nicht verantwortlich fühlen. Dies ist ein soziokulturelles Problem, das dringend zur Diskussion gestellt werden muss.

Frau Heinen wies darauf hin, dass die Gelder in Deutschland zwar nicht gering sind und die für Pflegedienste aufgewandte Zeit auch auf die eigene Rente anzurechnen ist, es jedoch immer mehr wird, was die Menschen leisten müssen. So sollen die Erwerbsfähigen einerseits die Eltern versorgen, andererseits zu einhundert Prozent in ihrem Job aufgehen und möglichst noch ebenso aktiv für ihre Kinder sein. Insbesondere im Hinblick auf den massiven demographischen Wandel, der zu seiner Kompensation höhere Erwerbsquoten verlangt, muss der Staat insofern aktiv werden, dass er den Menschen die Vereinbarkeit von Erwerbsleben und familiären Pflichten ermöglicht. Die Gesellschaft scheint – auch staatliche – Hilfestellungen, für die Entwicklung innovativer Arbeitszeitmodelle etc. zu benötigen. Auf diesem Gebiet ist scheinbar für lange Zeit wenig geschehen, was einen starken Nachholbedarf hervorruft.

Heemskerk wies darauf hin, dass in Deutschland sicher noch einige Reformschritte vollzogen werden müssten, wie etwa die Abkehr vom umlagefinanzierten Rentensystem, da dies den Kindern eine nicht abzutragende Hypothek hinterlässt. Weiterhin muss das Renteneintrittsalter dringend angehoben werden. Zudem muss der Versorgungssektor als Wirtschaftssektor begriffen werden. Es gibt in diesem Bereich durchaus Möglichkeiten, durch die Einführung marktwirtschaftlicher Komponenten für mehr Transparenz zu sorgen, die heute noch fehlt.

Laut Krüger gibt es in weiten Teilen Übereinstimmung zwischen der Haltung von Herrn Heemskerk und ihm. Es wird in Zukunft mindestens eine ebenso große Menge an Arbeit zu bewältigen sein. Der von den Bürgern immer wieder hergestellte Zusammenhang zwischen der heutigen Arbeitslosigkeit und Lebensarbeitszeit, der lange ein Argument für Frühpensionierungen war, ist falsch. Vielmehr muss auf den Zusammenhang zwischen Pensionszahlungen, Lohnnebenkosten und Arbeitslosigkeit verwiesen werden, der bereits heute gilt. Zudem muss die in Deutschland genutzte Zusatzfürsorge in Form der Pflegeversicherung weiter ausgebaut werden, um die zukünftig sinkende Anzahl an pflegenden Familienmitgliedern so auszugleichen, dass auch eine steigende Zahl an Bedürftigen in den Heimen versorgt werden kann. Der Versicherungsanteil muss steigen. Die heute Erwerbstätigen müssen verstehen, dass es für sie ein Alterseinkommen, das mit dem heutigen vergleichbar wäre, nicht ohne private Vorsorge geben kann. Außerdem muss verstanden werden, dass Konzepte, wie etwa das des lebenslangen Lernens oder der erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen, dringend umgesetzt werden müssen. Auch der Staat wird sein Verhältnis zu diesen Themen ändern müssen. So müssen Konzepte zur umfassenderen Kinderbetreuung, mit oder ohne staatliche Beteiligung, verwirklicht werden. Hier gibt es noch einen großen Innovationsbedarf. Es reicht nicht mehr, das Kindergeld mit derzeit monatlich

€154 pro Kind ins Zentrum der Debatte zu stellen und die Menschen beim Hausbau zu unterstützen. Es muss darüber nachgedacht werden, inwiefern solche Gelder zum Teil für Forschung und Innovation sowie die Vereinbarkeit der Doppelbelastung von Familie und Beruf eingesetzt werden können, und ob das für alle besser sein könnte. Hier besteht in Deutschland ein Parteien übergreifender Konsens, der sich zur Innovation als Triebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts bekennt. Es geht ausdrücklich nicht darum, das Kindergeld zu kürzen oder abzuschaffen, sondern vielmehr darum, eine verfehlte und verschwenderische Subventionspolitik sowie das komplizierteste und ungerechteste Steuerrecht der Welt, so umzugestalten, dass Gerechtigkeit hergestellt wird. Die hier zu gewinnenden Mittel dürfen nicht konsumtiv eingesetzt werden, sondern müssen der allgemeinen Innovationsoffensive, die sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt, zufließen.

Van Oerle stimmte zu, dass die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Arbeit eines der größten Probleme ist. So sind Plätze zur Kinderbetreuung immer noch sehr teuer und in einer zu geringen Zahl vorhanden. Zusätzlich bedarf es dringend einer Gleichverteilung der Erziehungspflicht, da Frauen, wie schon bei der Pflege der Eltern, hier systematisch benachteiligt werden. Hier muss auch die Wirtschaft endlich zu einer normalen Einstellung zur Beschäftigung von Müttern und jungen Frauen, die wiederum potentielle Mütter sind, kommen.

Heemskerk sagte, dass er als Vater zweier Kinder hier dringend zustimmen muss, da viele Männer, die auch die Entscheider in der Wirtschaft sind, die Notwendigkeit zur besseren Anerkennung der Frauen und Mütter noch nicht erkannt haben. Nur Frauen ohne jede Erziehungsverantwortung können lange arbeiten und noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Doch das kann nicht das Maß aller Dinge sein. Und auch in den Familien kann nicht immer die ganze Arbeit auf die Frauen abgewälzt werden. Seine Frau und er selbst arbeiten Vollzeit und natürlich ist es nicht leicht, alles gleichermaßen gut zu bewältigen. Doch sieht er die Arbeit in der Familie nicht unbedingt als Arbeit an, es ist eine Art „Payback“ für die Erwerbsarbeit. Natürlich lässt sich das als Parlamentarier mit einer gut verdienenden Frau alles leicht sagen, doch auch sie müssen sich einigen. Die Bedeutung der familieninternen Arbeit muss generell wieder steigen.

Frau Heinen ging auf die Situation in Deutschland ein, die sich eindeutig daran ablesen lässt, dass vierzig Prozent der Frauen ihres Jahrganges (1965) keine Kinder haben. Die Probleme in diesem Bereich sind unsäglich, da die Koordination von Arbeit und Familie ganz praktische Grenzen hat. Als Beispiel nennt sie den Mangel an Teilzeitangeboten auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Mangel ist jedoch nicht das einzig Störende, vielmehr herrscht in Deutschland richtig gehend ein Mangel an einer Kultur, die Frauen in Mehrfachbelastung nicht nur toleriert, sondern sogar unterstützt. In der Vergangenheit war es normal, dass, wenn Kinder geboren wurden, ein Elternteil (die Frau) zuhause blieb und das andere für die finanzielle Absicherung der Familie sorgte.

Praktisch findet dieser Trend, der noch der Familienpolitik der fünfziger Jahre zuzuordnen ist, seine Umsetzung darin, dass der erziehende Elternteil für drei Jahre von seinem Arbeitgeber freigestellt werden muss. Doch anstatt diese drei Jahre zusätzlich zur Qualifizierung der oft hoch qualifizierten Beschäftigten zu nutzen, wird dieses Potential verschwendet. Vielmehr wird der Wiedereinstieg, der eigentlich gesetzlich zugesichert ist, erschwert, indem der Arbeitsplatz nicht verfügbar ist und die Beschäftigte einen anderen Platz, der oft nicht vergleichbar ist, annehmen muss. Zudem ist eine Weiterentwicklung der Karriere nach der

Erziehungszeit nahezu unmöglich, da die Mutter, etwa aufgrund einer möglichen Erkrankung des Kindes, als Risiko angesehen wird.

Ein anderes, strukturelles Problem ist die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten. Es bedeutet nämlich noch lange nicht, dass, wenn man einen Kindergartenplatz bekommen hat, dieser auch wirklich sinnvoll entlastet. Beispielsweise in Köln sind die raren Kindergartenplätze genau zwischen 9:00 Uhr am Morgen bis 16:00 Uhr am Nachmittag bereitgestellt. Dies ist oft nicht mit den Arbeitszeiten von Unternehmen in Deutschland zu vereinen. Selbst das von der jetzigen Regierung eingeführte Recht auf Teilzeitarbeit für Familien bringt hier noch keine wirklichen Fortschritte.

Sollte man die Kindergartenzeit beendet haben, sind die Probleme noch nicht beendet. Vielmehr beginnen sie mit der Schulpflicht des Kindes erst richtig. Die deutsche Grundschule beginnt um 8:00 Uhr und soll theoretisch bis 12:00 oder 13:00 Uhr geöffnet sein, doch dann ist sie wirklich geschlossen. Dazu kommen massive Stundenausfälle, was oft bedeutet, dass die Kinder schon um 10:00 Uhr wieder nachhause kommen. Dies macht es nahezu unmöglich, sich einem Job zuzuwenden. Herr Schnabel wirft ein, dass dies alles sehr holländisch klingt. Das hier Gehörte erinnert ihn erschreckend an die Verhältnisse in den Niederlanden.

Aus der Podiumsdiskussion ging vor allem hervor, dass die Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Wertekanons, der den gewandelten Rollenbildern gerecht wird, notwendig ist. Die Definition und Umsetzung dessen, was in der Diskussion unter den Stichworten Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zusammengefasst wurde, ist dringend notwendig. Hier sind alle gesellschaftlichen Gruppen in der Pflicht, zur Verwirklichung dieser Vorhaben ihren Beitrag zu leisten.

Die Entwicklung realistischer Konzepte für den Bedarf an Zuwandern und ihre Integration bilden weiterhin den Kern der möglichen Reaktionsmaßnahmen, die helfen können, die Auswirkungen des demographischen Wandels abzuschwächen. Eine Öffnung der Gesellschaften für Zuwanderung und eine gezielte Selektion der Zuwanderung werden für lange Zeit wichtige Themen der Debatte sein.

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss weiter die Hauptaufgabe der Politik sein. Die heute aufgenommenen Schulden werden, insbesondere aufgrund der Schrumpfung der Gesellschaft und des damit einhergehenden Einbruchs der Erwerbstätigenquote, in Zukunft doppelt schwer wiegen. Der Bevölkerung muss vermittelt werden, dass der eigene Beitrag zum eigenen und allgemeinen Wohl gesteigert werden muss.

Leider konnten nicht alle Themen, die relevant gewesen wären, in ausreichender Breite und Tiefe behandelt werden. Ein interessantes Ergebnis der Konferenz ist aber jedem Falle, dass das Thema sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland ausgesprochen sensibel ist. Aufgrund der Unterschiede scheint durchaus Potential vorhanden zu sein, in einem Länder übergreifenden Lernprozess, eine zukunftsweisende Debatte anzustoßen, die bei der Entwicklung gemeinsamer Lösungen hilft.